

Dr. Helldorfer  
Königsplatz 10  
Telephon 3141

# Volksmacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Expedition 1206

Telephon Expedition 3141

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 262.

Freitag, den 9. November 1906.

17. Jahrgang.

## Der Einfluss der Sozialdemokratie.

Nicht nur die Sozialdemokraten sind es, die den Wert des sozialdemokratischen Einflusses betonen. Längst haben sich auch einflussreiche Kreise des Bürgertums zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Sozialdemokratie auf den Rathhäusern unentbehrlich geworden ist. Schon deshalb, weil ihre Vertreter die einzigen sind, die den Wählern, jedweden und jedem die Wahrheit zu sagen und offen auszusprechen, was tausende und aber tausende innerlich denken.

Am treffendsten hat das vor 37 Jahren ausläßlich der Bürgerwahl in Hamburg die „Neue Hamburger Zeitung“, ein Patriotenblatt des damaligen Ranges, ausgesprochen.

Dieses Blatt schickte kurz vor der Wahl den bürgerlichen, nicht-sozialistischen Wählern das Gewissen mit folgenden Ausführungen, die gerade jetzt auch für Breslau von höchstem Interesse sind:

„Die Wahl des ersten Sozialdemokraten im Jahre 1901 übte einen bedeutenden Einfluß auf die Art der Verhandlungen der Bürgerschaft aus: Der erste Vertreter der radikalsten politischen Partei griff viel und scharf in die Debatten ein; man nahm bei den Verhandlungen den Vertreter der großen radikalen Partei viel ernstlicher und mußte ihm wiederholt auf sein Gebiet folgen, um seine Propaganda zu bekämpfen. Die bürgerlichen Parteien unseres Parlaments haben demnach während der letzten sechs Jahre in steigendem Maße Gelegenheit gehabt, eine Schule durchzumachen, um sich auf die neue Zeit vorzubereiten. Haben sie diese Gelegenheit ausgiebig benutzt, so daß sie jetzt geklärt und durch die Kampfweise der Gegner gewöhnt dem Einbringen der neuen Zeit, der Bildung einer selbstständigen sozialdemokratischen Fraktion gegenüberstehen? Wir müssen die Frage leider mit Nein beantworten. Die bürgerlichen Parteien — und zwar kommt für diesen Fall besonders die Linke in Betracht, haben es in den letzten drei Jahren wiederholt dem sozialdemokratischen Abgeordneten überlassen, die so unzulässigen Fragen gründlich und wirksam zu behandeln, trotzdem ein sehr großer Teil der bürgerlichen Parteien, speziell die ganze Linke, auf demselben Boden stand. Wir erinnern hier nur an zwei Beispiele: Als es galt, Stellung zu nehmen gegen die Schenkung von Lebensmitteln, da war es wohl ein Vertreter der Linken, der in kurzen Worten und mit einigen allgemeinen Gesichtspunkten

gegen die Lebensmittel-Verteuerung auftrat und die gesamte Bürgerschaft aufforderte, dieselbe Stellung einzunehmen; aber von den amtlichen Redner und dessen Vorliebe für Schnitzbrot und für Lebensmittel-Verteuerung gründlich verbeleidigt, und zwar unter Beibringung eines sehr ausgedehnten einschlägigen Materials, das war der sozialdemokratische Abgeordnete. Der stieg auf der ganzen Linie, und die bürgerlichen Fraktionen, speziell die Linke, freuten sich seines Stieges... außerdem war es ja auch — brauener, dem Sozialdemokraten gegenüber und zugunsten, als selbst das Material sorgfältig zu sammeln und vorzubereiten und dann dieses Material wirksam von der Rednertribüne vorzubringen. Darf man sich wundern, daß sie den sozialdemokratischen Redner für den schnelleren Vertreter halten, und daß deshalb so viel, die durchaus nicht überzeugte Sozialdemokraten sind, an der Wahlurne für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abgeben? ... Wir brauchen heute Abgeordnete, die hervorragende Spezialwissen, wirklames Redner Talent, gründliche Vertrautheit mit den wichtigsten allgemeinerpolitischen und kommunalen Fragen besitzen, die regen Eifer entfalten und genügend Zeit übrig haben, um sich für bedeutsame prinzipielle Kämpfe in der Bürgerschaft vorher das nötige einschlägige Material zu verschaffen. Man darf sich der Einsicht nicht verschließen, daß dieses von dem vorbenannten Kandidat sich auf Seiten der sozialdemokratischen Gegner befindet.

### Ein zweites Beispiel:

Als an der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal und zu dem festlichen Empfang Kaiser Wilhelms II. die unerhörte hohe Summe von 225,000 Mk. seitens des Bürger-Ausschusses bewilligt war und diese übermäßige Prunkausstattung soll einstimmig Verurteilung in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung fand, da war es allein der sozialdemokratische Abgeordnete, der in schärfsten Worten dem Magistrat die Verurteilung vor der Rednertribüne der Bürgerschaft kundtat. War er denn wirklich der einzige Abgeordnete, der dieses Mißtrauen auch persönlich empfand? O nein! Ein großer Teil der Bürgerschaft speziell

der Linken, dachte wie er; aber man fand es wohl — bequemer, dem Sozialdemokraten in diesem Falle das offene Ausprechen zu überlassen! ... Oder fand man wirklich nicht den Mut, in dieser Frage offene Opposition zu machen? Und das, wo fast die ganze Bevölkerung Hamburgs den übermäßig kostspieligen Prunk verurteilte? Ja, wenn die bürgerlichen Abgeordneten nicht mehr das Sprachrohr der bürgerlichen Bevölkerung zu bilden den Mut haben, daß man sich da wundern, daß die sozialdemokratische Partei immer mehr „Mittläufer“ aus bürgerlichen Kreisen gewinnt? ... Was fordert die Bevölkerung von der Bürgerschaft. Nur Männer mit sehr hartem Rückgrat müssen als Kandidaten angesetzt werden! Dann werden sich solche Vorgänge nicht so leicht wiederholen. Frei heraus mit der Sprache, was es gilt, beschlossene Opposition zu machen! Nicht den Sozialdemokraten dürfen die bürgerlichen Fraktionen — besonders die Linke, in solchen Fällen die Möglichkeit, die Opposition klar und scharf zum Ausdruck zu bringen!

Genau so in Breslau! Auch in Breslau verurteilen es lautstark ungezählte Tausende von Einwohnern, als die Stadtverordneten 30,000 Mark für den schwerreichen Kronprinzen als Geschenk und 50,000 Mark zum Ankauf einiger Geschloßhöfen beim Kaiserbesuch aufgaben. Aber nur die Vertreter der Sozialdemokratie waren es, die den Mut hatten, ernstlich und laut ihre Stimme dagegen zu erheben.

Einwohner! Wähler! Wählt deshalb am 10. November sozialdemokratisch!

Daß sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt werden, ist ja auch nicht nur der Wunsch der sozialdemokratischen, sondern auch eines Teils der bürgerlichen Bevölkerung. Hat es doch im Bürgerverein der Schweidnitzer Vorstadt der konservativen Stadtverordnete Dr. Em. Körner offen ausgesprochen: Ein Liberaler habe ihm gesagt, die Sozialdemokraten sollten ja gerade gewählt werden, wenn nur die Konservativen nicht gewählt würden!! Es wäre den Liberalen ganz recht, wenn sozialdemokratische gewählt würden. Man hat deshalb auch diesen Herrschaften den Gehör und Sorge dafür, daß am Sonnabend einzig und allein gewählt werden

## Die sozialdemokratischen Kandidaten!

### Politische Uebersicht.

#### Die Freunde der Breslauer Merikalen.

Da, wo die Gesinnungsgenossen der Herren Jerson, Peulert, Em. Körner und Finger zu dem Geist der Rathhaus-Regierung in der Hand haben, nützen, ja mißbrauchen sie ihre Macht in einer Art und Weise, die geradezu skandalös ist. Man lese nur die folgende Notiz aus Köln, die jedoch durch die Blätter geht:

#### 2233 Mark

haben die Stadtverordneten in der jüngsten Sitzung unbeschrieben als Nachkredit für die Begrüßungsfester des internationalen Hotelbesitzer-Vereins bewilligt. Beigeordneter Dautz führte aus: „Für die Begrüßungsfester aus Anlaß der Hauptversammlung des internationalen Hotelbesitzer-Vereins hatten Sie seiner Zeit einen Beitrag von 1500 Mark ausgeworfen. Die Veranstaltung erfreute sich aber eines derart regen Zuspruchs, daß diese Summe nicht genügte. Sie werden gebeten, einen Nachkredit von 2233 Mark zu bewilligen.“

Die Stadtverordneten bewilligten die ungeheuerlich große Kreditüberschreitung ohne auch nur ein Wort einzutenden. Keinem fiel es ein, um nähere Aufklärung zu ersuchen. Wie der „Rheinischen Zeitung“ bekannt geworden ist, ist die Kreditüberschreitung nicht lediglich die Folge des großen Zuspruchs der Teilnehmer, sondern sie hat eine andere Ursache: Den Hoteliers sollte Mosel-, Rhein- und Rotwein und schließlich auch Sekt angeboten werden. Eine große Anzahl der Herren hat sich aber in einer solchen Weise über den Champagner hergemacht, daß die aufgeschickte Summe bei weitem nicht ausreichen konnte. — Keiner der Stadtverordneten rügte diese durchaus unzulässige Art, mit städtischem Gelde zu wirtschaften!

Auf unserer Redaktion und auf dem Arbeiter-Sekretariat suchen täglich arme, kranke Menschen Hilfe gegen die städtische Verwaltung von Köln, weil man ihnen die ohnedies winzige Armenunterstützung immer noch kürzt. Man muß den bewahrenswerten Leuten zu, mit wenigen Groschen täglich auszukommen. Und hier wirft man das Geld mit Laufenden zum Fenster hinaus!

In Köln haben die Merikalen die Majorität. Man kann an diesem Beispiel erkennen, wozu es in Breslau führen würde, wenn es am Sonnabend den Merikalen gelingen sollte, die Mehrheit im Breslauer Rathhaus zu erringen.

Wähler! Das darf auf keinen Fall geschehen! Verhüten Sie Ihr die Gefahr am wirksamsten durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten!

### Wie Sozialdemokraten behandelt werden.

Als im Kasseler Rathhaus jüngst der sozialdemokratische Stadtverordnete Jordan dem dortigen Oberbürgermeister Müller auf eine für einen höheren Verwaltungsbeamten vollkommen unangebrachte Neuerung die gebührende Antwort gab — („unerschämte Behauptung!“) — da erhielt er prompt einen Ordnungsruf erteilt von dem Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Als dann der Ober oder in der unerhörtesten Weise unserem Genossen den Vorwurf machte, er verbeuge die Wahrheit und stelle Tatsachen auf den Kopf, da schrie er sich der Vorstehende aus! Als in der nächsten Sitzung sich der Stadtverordnete Jordan wegen dieser untergeschobenen Behandlung beschwerte, da verbat sich der königlich preussische Vorstehende und Kommerzienrat jede Kritik seiner Geschäftsführung!

Wenn der Oberbürgermeister Müller, der ja — leider! — auch im Herrenhause sitzt, als Abgeordneter sich in der Weise ausgelassen hätte, wie er es in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung ungerührt tun konnte, so wäre er in der energischsten Weise zur Ordnung gerufen worden.

Das Vorkommnis ist charakteristisch für den „Geist“, der in der Kasseler Kommunalverwaltung lebt. Wir wollen heute, nach dem „Kasseler Volksblatt“, ein weiteres charakteristisches Beispiel anführen.

Unser Genosse Scheidemann wünschte zuverlässiges Material über die Zahl der Schlachtungen im Schlachthaus. Er wandte sich also telephonisch an die Direktion des Schlachthauses und bat um statistische Nachweise über die Zahl der in den letzten zehn Jahren geschlachteten Tiere. Er wies sich ausdrücklich auf sein Reichstagsmandat und hob auch hervor, daß er das Material im Reichstage zu verwenden gedenke.

Es wurde unserem Genossen eine Antwort gegeben, aus der nur gefolgert werden konnte, daß ihm ankandablos das Ge-wünschte ausgefolgt werden würde. Das erschien übrigens um so selbstverständlicher, als alle kommunalen, staatlichen und Reichsbehörden in der bereitwilligsten Weise Auskunft zu geben pflegen, wenn sie darum ersucht werden von Männern, die durch das Vertrauen des Volkes in die höchste gesetzgebende Körperschaft des Reiches berufen worden sind.

Anderer in Kassel. Vierundzwanzig Stunden nach dem erwähnten Telephongespräch wurde Scheidemann wieder angerufen und ihm eröffnet, daß die Schlachthausdirektion leider nicht in der Lage sei, die gewünschten Statistiken zu liefern; sie könne das nur tun, wenn der Antragsteller zuvor sich mit einem Besuch an den Magistrat wende.

Ein Besuch in dieser Frage an den Magistrat in Kassel zu richten, lehnte unser Genosse ab. Er hatte nicht Lust, sich der Gefahr auszusetzen, einen ablehnenden Bescheid zu erhalten. Da aber die Stadtverordneten das Recht haben, alle städtischen Archive zu besuchen und alle Akten einzusehen, so bat Genosse Scheidemann den Stadtverordneten Jordan, sich doch an den Magistrat zu wenden wegen der gewünschten statistischen Zusammenstellung.

Unser Brüberblatt bemerkt dazu: Wir wollen die Bezeichnung, die ein solches Verfahren verdient, für uns behalten. Den minder bemittelten Kreisen unserer Einwohnerschaft in dessen möchten wir die Frage vorlegen, wie sie es empfinden, wenn ihre Vertrauensleute in dieser Weise von oben herunter en cascade behandelt werden!

Auf einen Schelm anberthalbe! Wenn der Oberbürgermeister sich ungekräft erlauben darf, Vertreter der minderbemittelten Klassen in der Weise zu behandeln, wie das oben geschildert worden ist, wenn der erstklassige Kommerzienrat Rosenzweig auf seinen Geldbeutel pochen und die Mehrzahl der Einwohner von oben herunter zu behandeln sich erlaubt — von anderem zu schweigen —, dann ist seitens der Arbeitervertreter jede Rücksichtnahme in Wegfall zu kommen.

Gibt es für den Herrn Müller, der zu unserem Bedauern Oberbürgermeister von Kassel ist, keine Ordnungsrufe, dann können die sozialdemokratischen Vertreter auf Ordnungsrufe von dem jetzigen Vorsteher Pfeiffer pfeifen!

Auch hier gilt, was überall gilt: Gegen eine derartige Behandlung ihrer Vertreter schämen sich die Einwohner am besten und wirksamsten dadurch, daß sie sozialdemokratische Stadtverordnete wählen.

Breslauer Wähler, beherzigt das!

### Abolaten-Wünsche.

Bekanntlich ist Deutschland das Land mit den meisten Majestätsbeleidigungs-Prozessen, und deshalb in der ganzen Kulturwelt „berühmt“. Trotzdem scheint es für gewisse Bratenwender des Gesetzes noch immer nicht genug derartige Prozesse zu geben. Ein jenseit ganz tüchtiger Berliner Anwalt, Justizrat Doktor Sells, hat dem Hamburger Organ für Gemaintpolitik und Staatsrecht, den „Hamburger Nachrichten“, ein Gutachten fabriziert, das geradezu verblüffen muß. Dessen feinsinnigen, durch seine fetten Prozesse zum Millionär gewordenen Abolaten werden noch nicht genug Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erhoben! Nach seiner Meinung müßten unsere Anklagebehörden es erwägen, ob nicht in der Verbreitung von Neuherungen des Kaisers, welche dieser unter ihrer Augen oder im Kleinen Kreise gemacht habe, eine Majestätsbeleidigung, eine Verletzung der schuldigen Ehrfurcht vor des Kaisers Majestät liegt!!

Diese ungeheuerliche Auffassung geht selbst den einschichtigsten Romachisten zu weit. Aus ihren Kreisen wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Wir wollen davon absehen, daß schon das Obertribunal im Jahre 1874 dahin erkannt hat, daß eine bloße Verletzung der Ehrfurcht nicht genügt, um den Todesthauß zu rechtfertigen, sondern daß eine Verletzung der Ehrfurcht nur dann eine Verletzung der Majestät ist, wenn die Verletzung wirklich gesehener Majestät eine Verletzung enthält. Ist die Majestätsbeleidigung vor dem Jahr 1874



hfolgt ist. Die Vorstände der Ministerien des Inneren, Geheimrat Braun, und der Finanzen, Dr. Snaath, schlossen sich dem Vorgehen des Staatsministers an. Der Großherzog hat es jedoch abgelehnt, dem gemeinschaftlichen Gesuch zu willfahren.

**Wasem die Fleischnot.** Folgende Telegramme liefen heute früh bei uns ein:  
**Oldenburg, 8. November.** Die Stadtverwaltung hat einstimmig eine abemalige dringliche Eingabe an das Staatsministerium beschlossen, bezüglich Doffnung der Grenzen für die Viefeinfuhr.

**Krankenthal, 8. November.** Der Stadtrat hat einstimmig beschlossen, eine Bittschrift an die Regierung zu richten, worin die Doffnung der Grenzen für Schlachtwieh zur Vinderung der Fleischnot verlangt wird.

**Kassel, 8. November.** Einige ardhere Städtetwaltungen haben den Vorstand des Hessischen Städtetages ersucht, bei der Reichsregierung auf eine Milderung der Fleischnot durch aldbaldige Grenzöffnung zu wirken.

**Kiel, 8. November.** Die hollsteinischen Städte wollen gemeinsam eine Aktion gegen die Fleischnot einleiten. Zur Beratung dieser Angelegenheit tritt am 24. November der Städtetag dieser Provinz zusammen.

**Berlin, 8. November.** Die Berliner Fleischereinung nahm gestern eine an den Landwirtschaftsminister gerichtete außerordentlich scharfe Resolution an, welche Herrn v. Pöblich die Uretisfähigkeit bezüglich der Fleischsteuerung abspriht und schließt: Im Interesse des konsumierenden Publikums und zur Erhaltung unserer elementen Existenz erheben wir von neuem nicht die Bitte, sondern die Forderung, daß sofortige Maßregeln zur Doffnung der Grenzen getroffen und erlassen der Minister sofort um Beschluß, ob die für die Volksernährung so dringende Anordnung bald zu erwarten ist.

In Breslau aber denken die Stadtverordneten garnicht daran, den Fleischwucherern durch einen Protest unbrquem zu werden. Auch dagegen gilt es, die Breslauer Einwohner mobil zu machen, damit Sonnabend die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt werden!

**Folgen der brennischen Polenpolitik.** Aus Berlin wird uns telegraphiert: Für Berlin und West Brandenburg wird vom Berliner politischen Komitee ein politischer Gewerkschaftsverband gebildet.

**Intentionen gegen Bismarck.** Das „E. L.“ ist in der Lage, noch einen Plan zu erwähnen, der zur Entlassung des Fürsten Bismarck in gewissen Kreisen erdhert wird, dieser Plan läuft darauf hinaus, monach, wie es unter Caprioli längere Zeit der Fall war, das Präsidium des preussischen Ministeriums einer anderen Persönlichkeit zu übertragen und dem Fürsten Bismarck nur das Reichskanzleramt zu belassen.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Reichsgesetzesnovelle zur Ueberwachung und Unterdrückung der Viehsuche ist im Reichsamt des Inneren fertiggestellt und wird demnächst dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Eine Reihe von Strafbestimmungen sind neu in den Entwurf aufgenommen worden zum Schutze der heimischen Landwirtschaft, aber ohne einseitige agrarische Tendenzen. — Dem deutsch-afrikanischen Landesrat ist auf Grund der kaiserlichen Vergerordnung für die Schutzgebiete, unbeschadet der hergebrachten Gewohnheiten der Eingeborenen, für die Dauer von 50 Jahren die ausschließliche Gewinnung von Salz, insbesondere die Ausbeutung der Solquellen in der Landschaft Uvungu, vorbehalten worden. — Grmünderevertreter-Sitzungen an Sonntagen hat die Gemeindevertreter-Versammlung in Wannsee bei Berlin beschlossen. Das soll allerdings nur für die Wintermonate gelten. In den Monaten April bis Oktober sollen die Sitzungen an Wochentagen stattfinden. Für das Bismarck-Denkmal ist eine Versicherung abgeschlossen gegen Schäden.

### Ausland.

**Für das Frauenwahlrecht.** Im englischen Unterhause brachte unser Genosse Caird eine Bill ein, durch die den Frauen das Wahlrecht gewährt wird. Gardie begründete die Bill und führte aus, 420 Mitglieder des Parlaments hätten bei den Wahlen versprochen, für die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen zu stimmen, sie hätten aber keine Schritte getan, um die Erfüllung der Versprechungen zu sichern. Deshalb solle die Verantwortlichkeit für die jünste Agitation auf sie. Gardie forderte die Regierung auf, eine Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben. Eine Regierungserklärung wird jedoch nicht abgegeben.

**Sozialistische Parliamentsstätigkeit.** Aus Paris wird uns telegraphisch gemeldet: Der sozialdemokratische Abgeordnete Constant hat namens der Partei der reinigten Sozialisten mehrere Gelegenheitsentwürfe in der Kammer eingebracht. Einer derselben geht dahin, den Abolitionskandidat abzuschaffen, ein anderer verlangt größere Garantien für Peinlichungen und noch ein anderer Bildung von Hilfskassen zur Verteilung von Unterstützungen an arme Familien.

**Der Fluß des Militarismus.** Der Untergang des französischen Unterseebootes „Sutia“ ist im Hinblick auf seine Ursachen noch immer nicht aufgeklärt. Doch hat sich in Frankreich ein Gerücht verbreitet, demzufolge es sich bei der Katastrophe um ein furchtbares Drama handele, das von den schlimmsten Konsequenzen der straffen militärischen Disziplin zeugt. Es heißt, der Kommandant sei bei der Mannschafft nicht beliebt gewesen und habe diese auch gefürchtet; er habe immer einen Revolver bei sich getragen. Auch wird behauptet, daß ein Mann der Besatzung am Tage der Katastrophe erklärt haben soll, der Kommandant versuche, die gesamte Mannschafft ins Unglück zu führen; wann aber etwas passieren sollte, würde der Kommandant mit in die Tiefe gerissen werden. Servorzugehen ist, daß der beiseitende Matrose den Kommandanten fest umschlungen hielt, als die Rettungsboote wurden. — Es gehört zum inneren Wesen des Militarismus, daß das mysteriöse Dunkel, welches über dem Vorgange liegt, falls das Gerücht nicht trügt, niemals gelichtet werden wird. Doch aber die Möglichkeit solcher Vorurteile vorhanden ist, wird keiner zu bestreiten wagen, der den zum Schutze gegen die ungenügende Kontrolle der Subordination bei den Unterdrückten erzeugt. Bei uns in Deutschland wird der Fall des von unbekannter Hand aus dem Hinterhalt erschossenen Kittermesters v. Proffig schwerlich je vergessen werden.

**Größe Konflikte zwischen Russen und Japanern** sollen auf der Insel Sachalin angebrochen sein, die bekanntlich durch den Friedensvertrag zwischen Russen und Japanern geteilt worden ist. Das russische Transportschiff „Rohma“ soll in den Grund gebohrt worden sein.

**Ueberall Wahlreform!** Eine einschneidende Aenderung des französischen Wahlgesetzes beabsichtigt Clemenceau. Er will demnächst dem Ministerpräsidenten einen Gesetzentwurf unterbreiten, nach dem bei den Kammerwahlen die Irregularitäten durch die Listenwahlen und alle zwei Jahre ein Drittel der Deputierten, deren Mandat sechs Jahre laufen soll, neu gewählt werden sollen.

**Rebellische Negere.** Präsident Roosevelt ordnete die Aufhebung des Vizepräsidenten des 25. Regiments an, weil dasselbe sich weigert, die Schallhörner an dem Anführer von Brownsville, Texas, am 15. August 1906, durch den der Tod von Bürgern verursacht wurde, anzugeben. Ebenso bestimmte Präsident Roosevelt, daß alle Negere, die im Meer und in der Flotte oder in Dienststellungen beschäftigt werden, keine Waffen tragen dürfen.

**Ueber die Wahlen in Amerika** werden die eingeladenen Telegramme folgendes: In allen der Vereinten Staaten haben die Wahlen zum Kongreß und in 35 Staaten Gouverneurswahlen stattgefunden. Die Republikaner schienen im allgemeinen ihren Besitzstand behauptet zu haben, freilich nur mit knapper Mehrheit in einzelnen von den Demokraten besonders gefährdeten Staaten, wie vor allem New-York. Hier fanden sich (siehe den gestrigen Artikel der „Volkswacht“) der Republikaner gegenüber. Wie ein Wolffisches Telegramm berichtet, ist im Staate New-York die gesamte republikanische Kandidaten-Liste durchgegangen. Hughes ist mit einer Mehrheit von etwa 5000 Stimmen zum Gouverneur gewählt worden. Im Süden haben wie gewöhnlich, die Demokraten gesiegt. Die Republikaner behalten die Herrschaft im Kongreß, ihre Mehrheit ist aber kleiner geworden und beträgt nur etwa 70 anstelle von 112.

## Wahlbureaus und Schlepperdienst.

Die Wahlbureaus der sozialdemokratischen Partei, von denen aus der Schlepperdienst geleitet werden wird, befinden sich am 10. November, von Vormittags 8 Uhr an, in den folgenden Lokalen:

### Wahlbezirk 23.

**Sönig, Leuthenstraße 3.**  
**Knor, Posenerstraße 33.**

### Wahlbezirk 24.

**Liebesentel, Bergstraße.**  
**Drabner, Gräblichenerstraße 44.**  
**Schwarzer, Gräblichenerstraße 78.**

### Wahlbezirk 26.

**Miebel's Restauration, Blücherstraße 10.**  
**Frisch' Restauration, Kreuzburgerstraße 15.**  
**Schwob's Restauration, Blücherstraße 15.**

### Wahlbezirk 29.

**Winkelman, Lohstraße 87.**  
**Gummier, Lohstraße 19.**  
**Fritsch, Herdainsstraße 38.**

### Wahlbezirk 30.

**Wüste, Vorwerkstraße 82.**  
**Langemann, Vorwerkstraße 61.**

### Wahlbezirk 32.

**Scholz' Erben, Kleine Scheidtnerstraße 56.**  
**Eugen Thamm, Brigittenhal 5.**

### Wahlbezirk 34.

**Florian (früher Sammerl), Mehlgasse 38.**  
**Piebig, Mehlgasse 52.**

Alle Genossen, die bereit sind, am Wahltag sich zur Arbeit zur Verfügung zu stellen, müssen sich in diesen Lokalen einfinden. Besonders werden in den Nachmittagsstunden große Mengen von Parteigenossen gebraucht, die bereit sind, als Schlepper zu fungieren. In alle irgend anstömlichen Genossen ergeht daher die bringende Aufforderung, sich zu diesem Zwecke spätestens von 5 Uhr Nachmittags ab in den genannten Lokalen zur Verfügung zu halten.

### Aus den Gerichtssälen.

#### Wegen Vergehens wider § 153

standen gestern bereits wieder einmal drei organisierte Arbeiter vor dem Schöffengericht in Breslau. Der Fall zeigt so recht deutlich, wie leicht man zu einer Anklage auf Grund dieses Paragraphen, und zu einer dann betraute selbstverpflichtet folgenden Verurteilung kommen kann. Während des Streiks der Lithographen und Steindrucker war der Lithograph Ernst Wunsch bei der Firma Wistott als Arbeitswilliger in Arbeit getreten. Eines Abends waren der Lithograph Otto Hoffmann und die Steindrucker Fritz Kleinert und Erwald Wistott mit ihm zusammen getroffen. Sie redeten ihm zu, die Arbeit niederzulegen; er sei der einzige arbeitswillige Lithograph. Wenn er sich dem Streik anschließt, würde er seine Unterfertigung erhalten, während sonst sein Name als Arbeitswilliger in der „Graphischen Presse“ veröffentlicht werden würde. Durch letztere Aeußerung fühlte sich Wunsch bedroht. Die Angeklagten Kleinert und Wistott bestritten, die besagte Aeußerung überhaupt getan zu haben. Hoffmann gab sie zu, es habe ihn aber jede Art einer Drohung ferngehalten. Es habe sich nicht in seiner Macht gelegen, den Namen zu veröffentlichen. Zufällig habe die „Graphische Presse“ am vorausgehenden Tag, Wunsch als Arbeitswilligen registriert, wovon er ihn berechnen wollte. Wunsch hätte dabei, daß alle drei Angeklagten von der Veröffentlichung geteilt hätten und er habe dies als Drohung aufgefaßt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoffmann, der auf Grund des § 153 bereits einmal verurteilt ist, drei Wochen, gegen Kleinert fünf Tage und gegen Wistott drei Tage Gefängnis. Rechtsanwalt Simon beantragte Freisprechung. Nicht um eine Befreiung, sondern um eine Warnung habe es sich bei der betreffenden Aeußerung gehandelt. Das Gericht nahm an, daß eine Drohung vorzulegen habe, und weil es einerseits die Befreiung von den Gerichten zur Pflicht gemacht hat, die Arbeitswilligen zu schützen, andererseits aber die Verstärkung eine recht geringfügige war, wurde gegen Hoffmann auf zehn Tage, gegen Kleinert auf drei Tage und gegen Wistott auf einen Tag Gefängnis erkannt.

#### Wieder ein militärisches Ehrenzeichen.

Das Regimentsgericht der 8. Division verurteilte den Häufiger Monegald von St. Justin, der Regiment „Adriatic“, des bei Kaiserlichem Gewand war, um 5 1/2 Jahre Zuchthaus.

#### Der Münchener Wahlbescheid.

Am nunmehr vor der dortigen Staatsanwaltschaft zur Verhandlung Angeklagte waren der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schütz und der Münchener Arbeiter Wilhelm Hoff, die in der Nacht vom 20. auf den 21. September d. J. den kaiserlichen Wahlbescheid gegen die Wahlberechtigung ausübten und dabei 102.000 M. in kaiserlichen Reichsgeldscheinen eroberten, die allerdings jetzt fast alle an den kaiserlichen Behörden aufgefunden sind. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoff auf drei Jahre Zuchthaus, gegen Schütz auf drei Jahre Gefängnis in Unkosten verurteilt. Die Angeklagten verweigerten das in der Verhandlung abgegebene Geständnis, so daß die Verhandlung nur lange Zeit in Anspruch nahm. Die Verhandlung wurde schließlich abgebrochen, da die Angeklagten nicht mehr erschienen.

grenzenlose Sozialstaat, die sich in der Verwahrung so großer Geldbestände in halb offenen Holzschuppen zeigt, die bisher unbekanntesten Anhaltspunkte zu dem Diebstahl gerade habe ansetzen müssen. Das Urteil lautet gegen Hoff fünf Jahre Zuchthaus, gegen Schütz drei Jahre Zuchthaus, gegen die beiden Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

## Neueste Nachrichten.

### Zur Landtagerversammlung in Berlin

melbet die „Schles. Bl.“ noch: Bei den Wahlmänner-Versammlungen wurden gewählt: 401 freisinnige Volksparteier, 50 Konservativer, 117 Sozialdemokraten, 61 Stichwahlen finden statt, davon 21 zwischen Freisinn und Konservativen, 32 zwischen Freisinn und Sozialisten und 8 zwischen Konservativen und Sozialisten zum Ausdruck kommen. Nach dem Ergebnis der Nachwahlen beträgt der Gesamtstand an Wahlmännern: Freisinnige Volkspartei 1288, Konservative 166, Sozialisten 1078.

Bei der vorigen Wahl hatten unsere Genossen im ganzen 1100 Wahlmänner. Offenbar bringen die Stichwahlen die noch fehlenden wieder ein!

### Aus Schlesien und Posen.

**Walzenburg, 8. November.** Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Die Grubenverwaltungen wollen offenbar ihre allbewährte Verschleppungspolitik anwenden, um für die Beantwortung der erneut gestellten Forderungen ihrer Belegschaften Zeit zu gewinnen. Dem Vernehmen nach hat sich bisher noch keine Werkleitung bemüht gefühlt, dem Wunsch der Arbeiter entsprechend eine Ausfühlung abzuhalten und in dieser eine blinde Antwort zu geben. Vielmehr haben einige Werkvertreter bei Ueberreichung der Belegschafts-Beschlüsse erwidert, daß ihnen die gefestete Frist bis zum 8. November zu kurz sei. Die Mehrheit der Werke stellt den wicken Mann und will belächelt erst die Konferenz der Stener-Kommission und Verbandsleitungen abwarten, die am 9. November stattfindet. Die Schuld an dieser Mißachtung trifft aber zu einem guten Teile die unverantwortlich selbste Haltung der Ausschüsse selbst. War es hoch sogar auf zwei Werken, dem Bahnschacht und der Feldhorgrube, möglich, daß der Arbeiterauschuh es unterließ, die Beschlüsse der Belegschaft auszuführen und die Forderungen derselben einzureichen. Eine Ausrede blühen sich die Verwaltungen der selben Gruben aus der Tapferkeit der Ausschuhellen jedoch nicht zurechnen, da sie ja auf anderem Wege über den Willen der Arbeiter unterrichtet wurden. Für die Arbeiter selbst ist es aber bitter, wenn sie sich ihre „Vertrauensmänner“ betrachten, wie einer den andern bei Leistung eines einfachen Unterschrift vorzuschreiben sucht, nach der alten Melodie: „Nahemann, geh Du voran, Du hast die größten Sitteln an.“ Das eine dürfen sich aber auch die Verwaltungen nicht versehen, daß ein Ausschuh ohne Rückgrat auch ihnen nichts nützt, so wenig wie den Arbeitern, und daß letztere zu gegebener Zeit ihre Strohmannchen schon zum Tempel hinausfordern werden.

### Versammlungen und Vereine.

**Wählerversammlung.** Im „Röhlen Strand der Ober“ hielten gestern Abend die Scheitniger Genossen ihre dritte und letzte Wählerversammlung ab, die wieder sehr gut besucht war. Herr Stadiverordneter Jeron, der per Einschreibebrief eingeladen war, um die gegen den Genossen Albert im Vincensband gemachten Aeußerungen zu wiederholen, erschien als „nutziger“ Mann nicht, um wie er in der „Schlesischen Volkszeitung“ erklärte, nicht unsere Versammlungen interessant zu machen und uns den fehlenden Agitationsstoff zu liefern. Genosse Schlich, der an Stelle des plötzlich erkrankten Genossen Albert referierte, sprach über dieses Verhalten des bekannten Dunkelmannes, der anstatt in öffentlicher Versammlung Rede und Antwort zu geben, die Arbeiter im geheimen einen Revolver unterzuschreiben läßt, worin sie sich verpflichten, nur ihn, Herrn Jeron, zu wählen. Während des Referats erschien der Kandidat, Genosse Albert, trotz seines kranken Zustandes in der Versammlung und hielt von großen Beifall beehrt, eine Ansprache an die Erschienenen. Auch erwiderte er die Genossen, die mit seiner Person nicht einverstanden sind, nicht die Person der Sache voranzusetzen und ebenfalls am Wahltag ihre volle Macht zu tun.

In der Diskussion äußerten sich die Genossen Krenzel, Schärer u. a. im Sinne des Referats und ermahnten auch überreichlich die Genossen Scheitniger, am Wahltag besser als bisher ihre Schuldbiligkeit zu tun und durch rege Mitarbeit dafür zu sorgen, daß am 10. November die schwarze Nacht der Kommunalverwaltung durch das Morgenrot der Sozialdemokratie verdrängt werde.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

**Wahlmänner, Bauarbeiter!** Freitag, den 9. November, Abends 8 Uhr, finden drei Wahlmänner-Versammlungen in folgenden Lokalen statt: Für Nikolaitor und Pöpelwitz bei Herrn Weiß, Pöpelwitzerstraße 9; für die Scheitniger Bauarbeiter bei Herrn Leber, am Röhlen Strand der Ober, Röhlenstraße 10; für das Oberwerk, Klein- und Groß-Tischamich und Dürgraben bei Jenke, Oplander Straße 55/56. Tagesordnung: 1. Die kulturelle Bedeutung der Werkleitung der Arbeiter. 2. Die auf große Ausbreitung gerichteten Pläne der Arbeitgeberorganisation. 3. Diskussion. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, daß alle Mann in diesen Versammlungen erscheinen.

### Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiter-Verbands.

**Wahlmänner, Bauarbeiter!** Samstag, den 11. November, Nachmittags 3 Uhr, finden im Lokale des Herrn Schotta zu Sachwitz eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Die kulturelle Bedeutung der Werkleitung der Arbeiter. Referent: Kollege Köstler. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.

### Die Lokalverwaltung.

**Wahlmänner, Zimmerer!** Donnerstag, den 8. November c. Abends 8 Uhr: Wahlmänner-Versammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses. Da es sich um eine erste Angelegenheit handelt, muß von jedem Mann ein Delegierter anwesend sein; wo noch keiner vorhanden ist, muß sofort einer ernannt und zu dieser Versammlung geschickt werden. Demnach ist noch, daß mehrere Ersatzmänner als diese an die Wahlmänner nicht geschickt. Aus Anlaß der Stadtverordnetenwahlen fällt bei Sachwitz Sonntag, den 10. November an. Die Lokalverwaltung.

### Strickfäden.

**Wahlmänner.** Es ist aber wirklich nicht notwendig, über den richtigen Zeitpunkt lange Debatten zu führen. Der bewiesene Sachstand kann nicht länger verwehrt werden.  
**W. R.** Bei 91 M. Wahlen in den Wahlmännern sind die Arbeiter und Bauarbeiter-Verbandsmitglieder zu wählen.  
**S. W.** Bauarbeiter. Ja.

### Der Kalender.

**Samstag, 10. November.** Samstag, den 10. November, Abends 8 Uhr, bei Herrn...  
**Freitag, 9. November.** Freitag, den 9. November, Abends 8 Uhr, bei Herrn...  
**Donnerstag, 8. November.** Donnerstag, den 8. November, Abends 8 Uhr, bei Herrn...

**Breslau.**

**Gewerkschaftshaus.**

Donnerstag, den 8. November:

Arbeiter-Abstinenzband. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 5.  
Töpfer-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im großen Saal.

Sonnabend, den 10. November:  
Vorklubber. Stiftungsfest verbunden mit Ball, Festrede, Vorträge etc. im großen Saal.

Handschuhmacher-Verband. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 11. November:  
Verein Gutenberg. Soiree im großen Saal.

Montag, den 12. November:  
Central-Verband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 2.

Wittellungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:  
Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirk 1, 2, 3 und 17. Freitag den 9. November, Abends

8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Es wird erlucht, daß sich alle Mitglieder daran beteiligen.

Bezirk 7, 8 und 9. Donnerstag den 8. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokale G. Es wird erlucht, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.

Distrikt 7 (Nikolaitor).  
Bezirk 1 und 3. Sonntag Nachmittag gemitteltliches Beisammensein sämtlicher Mitglieder im Bezirkslokal. Die Mitglieder der anderen Bezirke werden hierzu freundlichst eingeladen.

Distrikt 16.  
Bezirk 11, 12, 13, 17. Sonntag den 11. November, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft und Jahrtag.

Saubdistrikt 1.  
Bezirk 1 und 2 (Rosenhal). Donnerstag den 8. November, Abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Sellmann. Da wichtige Punkte zur Beratung stehen, ist zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.  
Die Bezirksführer.

Saubdistrikt 2.  
Bezirk Deutsch-Billa und Umgegend. Sonntag den 11. November, Vormittags 9 Uhr, im bekannten Lokal: Wichtige Besprechung und Jahrtag.

Bezirk Klein-Gandau und Schmiedefeld. Sonntag den 11. November, Vormittags 10 Uhr bei Post in Klein-Gandau: Jahrtag. Die Genossen werden erlucht, zahlreich zu erscheinen.

Saub-Distrikt 3.  
Groß-Wachern. Sonntag den 11. November, Vormittags, Rosenher-Verteilung. Die Radfahrer werden erlucht, sich früh um 6 Uhr beim Bezirksführer einzufinden.

Saubdistrikt 4.  
Bezirk Opperau. Sonntag den 11. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Jahrtag im bekannten Lokale.

Saub-Distrikt 5.  
Sonntag den 11. November, Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder in Friedewalde. Um ein erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen, werden die Mitglieder erlucht, sich zahlreicher an den Zusammenkünften zu beteiligen.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 6/6. — Verlag von Oskar Schütz — Druck von Th. Schütz & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau  
Hierzu 1 Beilage.

Am 6. d. M. früh 4 1/2 Uhr, verschied nach langen Leiden meine gute Frau, unsere liebe Mutter  
**Frau Martha Pritschok,**  
geb. Fritsch,  
im Alter von 37 Jahren 2 Tagen. 5000  
Dies zeigt schmerzerfüllt an  
**Paul Pritschok,** Bauarbeiter.  
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Wenzel-Hauckeschen Krankenhaus, Ende Neudorfstrasse, nach Pohlauowitz.

Am Sonntag, den 4. November 1906, starb unser Mitglied  
**Paul Barabas**  
in Ransern, im Alter von 30 Jahren. 1004  
Ehre seinem Andenken!  
Der sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend.

**Stadt-Theater.**  
Sonnabend:  
„Cithara“ (von Verdi).  
Sonntag:  
Schauspiel „Gedanken der Dänen“:  
„Mignon“  
Sonnabend:  
In Schiller's Schwanensee:  
„Die Braut von Messina“.

**Love-Theater.**  
Donnerstag:  
„Der Bräutigam“.  
Freitag:  
„Der Konarch von Sevilla“.  
Sonnabend:  
„Der Konarch von Sevilla“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
Freitag:  
Humboldt-Gereis  
Schauspiel: „Die Tyranni der Tränen“.  
Sonnabend:  
Gurre D. 3. Verstellung:  
„Das elite Gebot“.

**Abstinenz-Restaurant Pomona**  
Vegetarisches Speischaus I. Ranges  
Albrechts-Strasse 44, I. Etage  
vis-à-vis Café Royal.  
Täglich: **Volks-Konzert**  
v. 12-1 Uhr. Sonntag v. 7-9 Uhr abends  
**Eintritt frei!**  
Ehrenr. Mitglied. Pianist: Karl Bohne  
Antrittsmusik vorzügliche Klänge!  
Recht Respekt! u. Gedulde u. Gedulden!  
Rein Gewissen! Rein Gewissen!  
Geöffnet von früh 7 Uhr bis abend 11 Uhr.

**Victoria-Theater**  
(Simonsauer Garten).  
**Liliput-Zirkus**  
sowie das  
brillianteste  
**November-Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königlich Kammalerher  
**Zirkus**  
Cesar Stoll  
im Zirkus-Brock-Gelände.  
Täglich:  
**Gr. Gala-Vorstellung**  
mit schlagendsten, beschreibenden  
**Elite-Programm.**  
Tägliche Vorstellungen.  
Schauspiel: „Der 9. Uhr  
konzert des Gustav A. L. Schlegel.  
Schauspiel: „Die Bräutigam“  
mit 12 Personen am 11. Uhr  
konzert abends: 425

**Lieblich's Etabl.**  
Friedrich 1046.  
**Gänzlich neues Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**P. FULDE S. N. E. R.**  
Probieret  
**BRAUEREI M. FULDE**  
SACRAU-BRESLAU.  
Niederl.: 4893  
Michaelsstr. 26. Tel. 807.  
Verkauf in Gebinden u. Flaschen  
frei Haus. Bahnversand.

**Pfänder-Auktion!**  
Pfandleih-Institut  
Matthiasstr. 113, I. Etg.  
Verlängerung bis 14. Novbr. cr.

**Vor Erkältung**  
Schützt man sich am besten durch regelmäßige  
Bekämpfung eines gereinigten  
**Fensterthermometers**  
Beste Instrumente  
empfehlen 4722  
**Optische Industrie**  
**Heidrich**  
Stadttheater gegenüber.

**Leiblich's Etabl.**  
empfehlen besten  
**Gertrud Appel,**  
Nr. 39, Reichmann Nr. 29,  
2. Haus von der Friedrichstrasse.

**Kaffee**  
vorzügliche Qualität, 1/2 Kanna  
1/4 Pfund 25 Pfg. 13243  
Schokolade 1/2 Pfund 25 Pfg.  
Schokolade 1/2 35  
Schokolade 1/2 50  
Zigaretten Nr. 9, 10 Et. 38 Pfg.  
Zentfing-  
**Franz Gröschel,** kranke 50

**Für Brantente!**  
**Möbel u. Holzwaren**  
siehe Müllers in der Nähe. 4827  
**Joseph Stephan**  
Döppersgasse 24, vor 1. Etg.

**Damen-Filzhüte**  
billigst direkt  
in d. Fabrik  
Neue Graupenstr. 11, 1. Etg.  
Franz & Erbe.

**Schneider**  
am Höhe und Niveau finden in meiner  
Engros-Verkaufs-Abteilung jederzeit  
dauernde und lebende Beschäftigung.  
**Emil Meyer**  
Schweidnitzerstr. Nr. 5, I.

**Schneider**  
gesucht für Werkstatt und außer dem Hause  
aus feine Uniform-Arbeit. Dauernde und  
lebende Beschäftigung. 4998  
**Emil Meyer**  
Schweidnitzerstr. Nr. 5, I.

**Billig! Achtung! Billig!**  
Schweinefleisch 75-80 Pf.  
1 Posten Landraucherfleisch  
solange Vorrat reicht  
Pfd. 65 Pf. 1/2 Pfd. 45 Pf.  
Nur Posenerstr. No. 23,  
**Widera.**

**Tourenreiche Sängers**  
hat abzugeben  
**R. Seidel,**  
Breis Waldenburg,  
Fürstensteiner-Strasse 5.

**Zigaretten** Arbeiterinnen  
und Hausarbeiterinnen  
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. 4978  
**Zigaretten-Fabrik Gebrüder Halpaus,**  
Reuschestr. 46.

**Kredit!**  
Anzahlung: Lebenslange  
Abzahlung nach Wunsch.  
**Möbel** einzelne Stücke -  
ganze Einrichtungen  
**Anzüge, Ueberzieher**  
Betten, Kinderwagen,  
Teppiche, Gardinen,  
**Max Biermann,**  
Breslau, Ring 51, I.,  
unten der Stadtgasse.  
Filiale: Waldenburg  
I. Schl.  
Nach nach  
and-  
wärts. 5002

**Möbel**  
**Betten**

**S. Osswald**  
Credit-Haus  
Schuhbrücke 74  
I., 2., 4. Etage

**Anzüge**  
**Ueberzieher**  
**O-Jaquets u. Kragen**  
**Kinder- u. Sportwagen**  
**Nähmaschinen**  
4976

**Bekannt kleinste An- und Abzahlung.**

**Wilhelmsburg.** Heute Donnerstag:  
**Tanzkränzchen**  
Polonaise 4999  
m. Gratispräsidentenverteilung

**Freireligiöse Gemeinde, Liegnitz.**  
(Zweigverein des deutschen Freireligiösen Bundes).  
Sonntag, den 11. November, nachm. 3 Uhr, Bismarckhalle-Badehaus:  
**Vortrag des Herrn Tschirn-Breslau.**  
Thema: „Dreihundert Jahre vor 100 Jahren“.  
Eintritt frei. 4966  
Eintritt frei.

**Verband der Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**  
Zahlstelle Breslau.  
Montag, den 12. November, abends 8 Uhr  
im Saale der „Scala“, Nikolaitstraße 27 5006  
**ausserordentliche Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Herrn Redakteur Th. Müller.  
2. Wahl eines Ortsbeamten.  
Kollegen und Kolleginnen, diesmal muß jeder Kollege und Kollegin erscheinen, jeder soll seine Stimme abgeben und mit beraten, wer in Zukunft Ihre Interessen vertreten soll; fehle daher Keiner!  
**Die Ortsverwaltung.**

**Man zerbricht sich oft den Kopf,**  
was soll ich schenken und womit mache ich wirkliche Freude?  
Nun ganz einfach, nur damit:  
Man läßt sich von einer seiner lieben Angehörigen-Photographie folgendes anfertigen: **Broche, Bravatten-Nadel, Medaillon, Uhranhänger, Manichetten-Knopfe, Ringe, Ohrringe etc. mit Semi-Emaille oder echt eingebraunten Porträts in künstlerischer Ausführung!** Fassungen nur beste Qualität!  
**Neuheit!** Tassen, Trinkbecher, Vasen, Bierkrüge, Nippes und Fenster-Diaphanien mit jeder Photographie!  
**Photographische und Kreide-Vergrößerungen**  
in ff. Ausführung von M. 6.- an. Lieferzeit 8-14 Tage mit jeder geminsten Garantie! **Wahlrechtsaufträge** mache man jetzt, damit rechtz. Dieser erfolgen kann. **Kataloge gr. u. frk.** nur an erstkl. Post. evtl. Musterbogen. gegen Erstattung des Postos.  
**Photographische Kunst- u. Verlagsanstalt Paul Ullrich,**  
Breslau X, Bismarckstraße 32.  
Reisende und Vertreter überall gesucht.  
**Postkarten** mit dem Bildnisse des 5002  
**Franz Biewald**  
mit der abgebachten Hand sind in einer neuen Auflage erschienen und bei mir sowie im **Zigarren-Geschäft v. Studt & Reichelt, Weisenburgerstr.** stets zu haben. D. O.

**L. Juliusburger, Gottesberg**  
**Markt**  
führt die besten und billigsten  
**Kornbranntweine**  
daher der größte Umsatz.  
Alles mit 4% Rabatt.  
Echter alter Laubauer Korn Liter 40 Pf.  
Echter Laubauer Getreide-Korn Liter 50 Pf.  
Echter Steingründer Korn Liter 40 Pf.  
Echter Breslauer Getreide-Korn Liter 50 Pf.  
Echter Wachholder-Branntwein von der Beere fabriziert, Liter nur 80 Pf.  
Alle anderen Liköre gut und billig.  
**Rauch-, Kau- und Schnupftabake.** 5001  
**Holzschuhe, Pantoffeln,**  
speziell für Arbeit über Tage gefertigt,  
zu billigsten Preisen.  
Alles mit 4% Rabatt-Marken.

Wähler! Arbeiter!

Empörende Ungerechtigkeiten

muss das arbeitende Volk von den Herrschenden ertragen!

Mögen die Tatsachen sprechen!

Der größte Geldsack hat das größte Wahlrecht in der Gemeinde — mag sein Besitzer auch dumme und faul sein! Der denkende fleißige Arbeiter aber hat gar kein oder ein lächerlich geringes Wahlrecht — weil er wohl viele Kinder, aber einen sehr schlechten Arbeitslohn hat!

Eine andere Tatsache:

Die städtische Steuerlast — trägt der arme Arbeiter! Sein Stückchen Fleisch muss er teuer bezahlen und die Stadtkasse dadurch mit zwei Millionen Mark jährlich füllen. Der reiche wahlberechtigte Bürger aber spart dadurch jährlich zwanzig Prozent Steuer!

Eine dritte:

Für den Sohn eines reichen Mannes zahlt die Stadt im Jahre vier Mal so viel Schulschuld wie für das Arbeiterkind! Lumpige drei Mark mehr für die Lernmittel des Arbeiterkindes zu geben, das ist aber den reichen Herren zu viel!

Eine vierte:

Die Hausbesitzer klagen über ihre schlechte Lage. Der Wert ihres Grundbesitzes ist in sieben Jahren von 871 Millionen auf 1156 Millionen Mark gestiegen. Trotzdem wollen sie weniger Steuern zahlen wie bisher! Zwei Millionen Mark jährlich soll die Stadt den privilegierten Herren schenken!

Und weiter:

Den städtischen Arbeitern verweigert man trotz der Gewerkschaften durchgreifende Lohnverbesserung. Man weigert ihnen genügende Arbeitszeitverkürzung! Statt dessen raubt man den Armen ihre einzige Waffe, das Vereinigungsrecht. Für die hohen Beamten aber hat man hunderttausende übrig zu Gehaltserhöhungen.

Wähler! Arbeiter!

Wann wird das Unrecht in der Gemeinde ein Ende nehmen? Niemals — wenn Ihr Euch nicht dagegen auflehnt! Erhebt lauten, entschiedenen Protest gegen solche Zustände! Wählt Euch Stadtverordneten, die nicht Goldsacks-, sondern Arbeiterinteressen vertreten! Wählt zu Vertretern der dritten, ungerecht bedrückten Wählerklasse am nächsten Sonnabend, den 10. November, einhellig

Die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Partei-Anglegenheiten.

Der Parteitag der französischen Sozialisten.

In der Nachmittags-Sitzung des dritten Tages kommt zur Verhandlung die von der Nord-Föderation eingebrachte Resolution mit guten Gründen. Mitt-lerweile ist eine etwas abgeänderte Tagesordnung von Duménil eingegangen, welcher sich die Parteigenossen des Nordens anschließen, während sie ihre eigene zurückziehen. Es verbleiben sonach: Die Resolution von Dumas und die der Föderation von Tarn, welche Jules in seiner Rede vertreten hat. Beide Resolutionen werden nun wiederum der Resolutionskommission übergeben mit dem Auftrage, möglichst eine einheitliche daraus zu formen. Dies gelingt jedoch nicht und so muß zur Abstimmung über die beiden Resolutionen geschritten werden. Die von Dumas besagt:

Der Kongress erklärt: Es ist darauf zu sorgen, daß je nach Umständen die gewerkschaftliche und die politische Aktion der Arbeiter sich mit einander verständigen und verbinden.

Duménil und die Nord-Föderation stehen auf dem Standpunkte einer vollständigen Zusammengehörigkeit der Partei und Gewerkschaften, die mindestens unter gewissen Voraussetzungen zeitweilig zu gemeinsamen Aktionen zusammenzutreten und zu wirken haben.

Diese Zusammengehörigkeit beider Flügel der Arbeiterbewegung wird in der Resolution von Tarn ebenfalls anerkannt, zugleich aber auch erklärt, daß die doppelte Aktion beider Flügel um so wirksamer sein werde, je vollständiger die Autonomie der Gewerkschaften sei. Sie nimmt sodann Kenntnis von der Resolution von Antons bezüglich der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von allen politischen Parteien und erklärt schließl., daß die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung des Proletariats notwendigerweise zu einem freien Zusammenwirken der beiden Organismen führen werde, sei von Nichterkenntnissen, Unterordnung und gegenseitigen Mißtrauen. Alle Parteigenossen werden ermahnt, dahin zu wirken, daß jedes Mißverständnis zwischen der Konföderation und der sozialistischen Partei beseitigt werde. Es kommt zur Abstimmung. Für die Resolution Tarn stimmen 148, für die Resolution Dumas 130, es enthalten sich 9. Die Resolution Tarn ist also mit gesicherter Majorität angenommen. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, daß die angenommene Resolution schließl. nichts anderes ist, als die Parteigenossen des Nordens, nur wird darin der Empfehlung mehr Zeit gelassen. Souds und Genossen wollen zunächst das in den

syndikalistischen Kreisen bestehende Mißtrauen gegen alle „Politiker“ beseitigen und den sozialistischen Einflüssen innerhalb der Gewerkschaften mehr Zeit und Gelegenheit zu ihrer Entfaltung geben.

Ein Teil der übrigen Punkte der Tagesordnung ist schon in den vorausgegangenen Sitzungen erledigt und folgt nur die wichtigsten Beschlüsse hier nach: Nach kurzer Debatte über die Votenwahlen spricht sich der Kongress in einer Resolution dahin aus, daß eine größere Propaganda für die Listenwahlen mit der proportionalen Vertretung zu entfalten sei.

Die Stellung der Partei zur Regierung wird in einer von der Kommission ausgearbeiteten Resolution festgelegt. In derselben wird zum Ausdruck gebracht, daß Veränderungen in der Zusammensetzung einer bürgerlichen Regierung die grundlegende Politik der Partei in keiner Weise beeinflussen können. Der Kongress verweist das Protestat auf die Unzulänglichkeit selbst des fortgeschrittenen Programms einer bürgerlichen Regierung und ruft den Arbeiter in Erinnerung, daß ihre Befreiung nur möglich ist durch die Verwirklichung des gesellschaftlichen Eigentums; ferner, daß der wahre Sozialismus nur in der gegenseitigen sozialistischen Partei herinnen liegt. Die parlamentarische Vertretung des Proletariats habe sich stets zu heftigen, dieseigen Reformen zu betätigen, die geeignet sind, seine Aktionskraft zu vermehren, gleichzeitig aber ohne Unterlaß gegen jedes einseitige und nur zu oft illudische Programm zu opponieren und diesem das sozialistische Ideal in seiner Wahrheit und Ganzheit entgegenzustellen. Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Zum Frauenwahlrecht bringt die Genossin Ma-beleine Pellerter eine Resolution ein, durch welche die Fraktion dem Auftrag erhält, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen gefordert wird.

Es folgt die Agrarfrage. Die Delegierten aus den ländlichen Distrikten haben eine besondere Ausdrucksform angenommen und den Genossen Compere Morel beauftragt, über die nächsten dem Kongress zu unterbreiten. Diese hat in einer Resolution niedergelegt, in welcher die Notwendigkeit betont wird, mehr denn je für die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Reformen einzutreten. In erster Linie sollen umfangreiche Bedingungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter und über die Entwicklung der verschiedenen Formen der Ausbeutung und des Eigentums angefaßt werden. Das Resultat der Verhandlungen soll dazu dienen, im Programm auszuarbeiten, enthaltend die Forderungen zu veröffentlichen, die herinaus. Ferner wird die Herausgabe einer Brochüre für die

Landarbeiter vorgesehen, in welcher die Agrarfrage und des Sozialismus eine Erörterung finden soll. Diese Resolution gelangt zur Annahme.

Der vierte Tag bringt die Verhandlungen über: Die Nationalitäten, Militarismus und Krieg, internationale Aktion der Arbeiter, Sozialismus und Vaterland. Über diese Punkte entspinnt sich eine umfangreiche Diskussion, die von Serbe eingeleitet wird. Der Patriotismus, sagt er, ist ein Band zwischen den Individuen desselben Landes; unsere Landleute sind die Ausgeborenen aller Länder und unser Vaterland ist unsere Klasse. Im Falle eines Krieges müsse der Streit mit der Inzurrektion organisiert werden. Als erster Redner tritt Watflant den Ausführungen Serbes entgegen. Er erinnert an die Beschlüsse der Internationalen Kongresse. Mit der internationalen Sozialdemokratie verstanden wir die allgemeine Erklärung und die Volkserhebung. Serbe's Vorschläge seien falsch und gefährlich. Die sozialistischen Parteien aller Länder würden auf die Befreiung der Arbeiter hin und jede einzelne würde dabei die besten Mittel an die Hand nehmen, die sie in ihrer Hand hat, die Leben und Beschäfte der Mannschaften bringen hierfür einen neuen Beweis. Dasselbe empfiehlt die Annahme einer Resolution, welche von der Seine-Föderation gestellt ist und die dem Internationalen Kongress von Stuttgart in Aussicht genommen ist.

Vertrauter Bekannter. Der Redaktor der Schweizer Volkszeitung „Genève“ wird bei seiner bevorstehenden Besichtigung in Chemnitz zu 200 Mark für die

Arbeiterbewegung. Der Ausschuss in den Elementar-Schulen in Berlin hat sich für die Einführung von Schularbeiten entschieden. Die Scherenscherer in Kollmann sind in eine Scherenscherer-Gesellschaft eingetreten und haben ein Statut beschlossen. Die Scherenscherer in Kollmann sind in eine Scherenscherer-Gesellschaft eingetreten und haben ein Statut beschlossen. Der Ausschuss in den Elementar-Schulen in Berlin hat sich für die Einführung von Schularbeiten entschieden.

# Russische Revolution.

## Sozialdemokratie und Wahlkampagne.

In der nächsten Zeit beschäftigen wir, häufige Mitteilungen über die mit der bevorstehenden Wahlkampagne verknüpfte Tätigkeit der revolutionären Parteien zu bringen. Vorläufig entnehmen wir dem "Lokalsch" vom 1. November einige Angaben über die Vorbereitungen der russischen sozialdemokratischen Partei zu den Wahlen.

Für die Leitung und Vereinhaltung der Wahlkampagne wird von der russischen sozialdemokratischen Partei eine zentrale Wahlkommission organisiert. Ihre Zusammensetzung ist die folgende: 1. Das Zentralkomitee der Partei (7 Mitglieder des Zentralkomitees sind verpflichtet, ständig an den Arbeiten der Wahlkommission teilzunehmen); 2. Experten (führende Personen, Juristen, erfahrene Politiker und dergleichen), die von dem Zentralkomitee ernannt oder von der Wahlkommission (unter Befehl durch das Zentralkomitee) eingeladen werden; 3. den Gebietsorganisationen der Partei wird das Recht gegeben, je einen Vertreter von jedem Gebiet in die Wahlkommission zu entsenden; 4. es wird prinzipiell als wünschenswert anerkannt, daß die gewerkschaftlichen Verbände in der Wahlkommission auch vertreten sein sollen. Außer der Errichtung dieser zentralen Wahlkommission empfiehlt auch das Zentralkomitee den Lokalorganisationen, sofort dritte Kommissionen in jedem Wahlkreis zu bilden. Indem die in den Städten bestehenden Einteilungen der Städte in "Rabons" der Partei mit den Wahlkreisen häufig nicht zusammenfallen, empfiehlt das Zentralkomitee, die Wahlkreiskommissionen nicht nach Rabons, sondern nach Wahlkreisen zu bilden. Die nächste Aufgabe der Wahlkreiskommissionen ist: Registrierung der Wahlberechtigten und Anordnung derselben, daß in die Wählerlisten eingetragen zu lassen.

## Kein Platz in den Gefängnissen.

In Anbetracht der Berichte der Gubernements-Behörden über Überfüllung der Gefängnisse mit politischen Verhafteten und Personen, die der Polizei verdächtig erscheinen, geht zwischen dem Volkst-Departement und den Gouverneuren ein reger Schriftwechsel vor sich, hauptsächlich in der Frage, was mit der progressiv steigenden Zahl der Verhafteten geschehen soll. Das Volkst-Departement antwortet gewöhnlich auf die diesbezüglichen Anfragen der Gouverneure, daß diese oder jene Gruppe Verhafteter in die benachbarten Gefängnisse transportiert werden soll. Besonders sind die Gouvernements Charkow, Kiew, Kasan, Warschau, Lwow in dieser Hinsicht tätig.

## Neueste Telegramme.

**Petersburg, 7. November.** Im Gefängnis zu Jaroslavl brach unter den politischen Gefangenen eine große Revolte aus. Das Militär schritt ein, wobei 15 Personen getötet bzw. verwundet wurden. 17 sind entflohen. Unter den Toten befinden sich auch zwei Soldaten. 30 Gefangene wurden dem Feldgericht übergeben. Der Gouverneur gibt bekannt, daß auch die Personen, welche den Flüchtlingen Obdach gewährten, dem Feldgericht unterliegen.

**Katzenbowl, 7. November.** Gestern Abend überfielen 30 Räuber aus Werschne-Prjorowsk eine zum Bahnhof fahrende Post. Sie verwundeten den Postillon und einen Postboten und raubten 6300 Rubel. Die Räuber entkamen.

**Petersburg, 8. November.** Im "heiligen Rußland" geschehen merkwürdige Dinge. Wie man uns berichtet, benachrichtigte Minister Stolypin sieben alle Gouverneure, daß die in Rußland in großer Anzahl pilgernden Mönche und Nonnen bei der Sammlung der Gaben für die Klöster und Kirchen revolutionäre Propaganda treiben, weshalb sofort die energischsten Gegenmaßnahmen getroffen werden sollen. — Vor nichts und niemandem ist man mehr sicher!

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. November.

### Achtung Wahlhelfer!

Alle Genossen, die sich auf Grund der wiederholten Aufforderung in unserer Zeitung zur Mitarbeit am ganzen Wahltag gemeldet haben, bitten wir, folgendes zu beachten:

Diejenigen dieser Genossen, die am Wahltag gebraucht werden, erhalten eine besondere Einladung und müssen dann bestimmt und pünktlich zur Stelle sein.

## Aus aller Welt.

Heinrich Seidel, der sich als Entdecker in humoristischer Kleinfiktion hervorgetan hat (Leberzeit, Hühner-Geschichten), ist in Großsiedel geflohen. Er stand im 65. Lebensjahre, geboren am 25. Juni 1842 in Berlin bei Wittenburg und war ursprünglich Ingenieur. Er ist auch als Dichter hervorgetreten, in allem Schaffen ein Mann für heitere Leute, die sich gern aus dem modernen Leben in stille Dialekt flüchten möchten.

**Streiche à la Ripenier.** Aus Stendal wird ein hübscher Streich à la Ripenier gemeldet, bei dem zur Abwechslung eine Eisenbahnform die entscheidende Rolle spielt. Auf der dortigen Station setzte sich vor kurzem ein junger Mann in Seidenuniform und mit Kanarienvogel, die seine Angaben bestätigten, als dortiger verfeinerter Eisenbahnbesitzer vor. Er gab an, daß er sich praktisch für die höhere Beamtenbahn ausbilden wolle und bezeugte den Vorfall der Stendaler Maschineninspektion als seinen Onkel. Nachdem er drei Wochen Beamtenfunktionen ausübt hatte, stellte sich heraus, daß der angebliche Beamte ein polnischer Arbeiter ist, der niemals in Eisenbahnuniform die entscheidende Rolle spielt. In seiner angeblichen Beamtenuniform und als "Kesse" eines hohen Eisenbahnbeamten gelang es ihm, sich hohe Summen zu verschaffen. Sehen Sie er verhaftet worden. — Der Beamte von Ripenier macht auch in Amerika Schule. Eine offizielle Grotte ganz im Stil der Ripenier Komödie hat sich im Staate New-Jersey ereignet, über die folgendes gemeldet wird: In Trenton im Staate New-Jersey veranstaltete W. J. Carison, die Tochter eines reichen Kaufmanns, einen Maskenball, bei dem für die beste Maske Preise ausgesetzt waren. Als der Ballaal bereits gefüllt war, affizierte sich plötzlich ein Fremder, und vier Individuen, ganz ausgerüstet wie Briganten des Westens, leiteten herein. Sie trugen Revolver, Säbel mit Eisenbeschlag, und zwei hatten große Beutel, über die Schalter geworfen. Die Gäste jubelten über den köstlichen Einfall, die Britin schüttelte den Briganten die Hände und fragte scherzhaft: "Bemühtlich wollen Sie jetzt alle unsere Taschen?" "Ja!" erwiderte der eine geisterlich, worauf W. J. Carison eine Brillantkette und drei Ringe in den aufgeschlagenen Beutel warf. Der Spaß amüsierte alle, und der Saal lachte sich mit den Zunder und den goldenen Uhren der Herren. Nachdem die Masken noch die oberen Räume benutzend von allen Vertischen geläubert, leiteten sie noch den Ballaal zurück und verließen die Gesellschaft, wie sie gekommen, dank das Fenster. Die Gäste, neugierig, wer die geschickten Masken gewesen, erwarteten ihre Rückkehr an der Haustür. Als sie aber nach einer halben Stunde nicht erschienen, schickte man in der Erwartung um und sie ließ die Polizei

Wer keine Einladung bekommt, hat keine Verpflichtung zu erscheinen; er braucht sich also für den 10. November nicht frei zu machen, wird aber ersucht, zur Schlepptour Nachmittags von 5 Uhr ab sich zur Verfügung zu stellen.

## Die Kandidaten der dritten Abteilung.

- 19. Bezirk.**  
Freisinnig: Schlossermeister Robert Grätner.  
Freie Vereinigung: Wäldermeister Pohl (bisheriger Vertreter).  
Sozialdemokrat: Schneider Rodzta.
- 20. Bezirk.**  
Freisinnig: { Seyde (bisheriger Vertreter).  
Schlossermeister Saal.  
Freie Vereinigung: { Seyde.  
Kaufmann Kamphausen.  
Sozialdemokraten: { Schneider Rodzta.  
Arbeiter Siebig.
- 23. Bezirk.**  
Freisinnig: Brauermeister Klose.  
Freie Vereinigung: Stadtverordneter Weide (bisheriger Vertreter).  
Sozialdemokrat: Verbandssekretär Mehrlein.
- 24. Bezirk.**  
Freisinnig: Stadtverordneter Schleifer (bisheriger Vertreter).  
Freie Vereinigung: Weidmeyer Schröter.  
Sozialdemokrat: Arbeitersekretär Wrofig.
- 26. Bezirk.**  
Freisinnig: Brauermeister Scholz.  
Freie Vereinigung: Kaufmann Kawrath.  
Sozialdemokrat: Verbandssekretär Wibera.
- 29. Bezirk.**  
Freisinnig: Rein Rabandt.  
Freie Vereinigung: Stadt. Melde (bisher. Vertreter).  
Sozialdemokrat: Maurer Köpfer.
- 30. Bezirk.**  
Freisinnig: Tierarzt Dr. Roth.  
Freie Vereinigung: Steinmetzmeister Carboeul.  
Sozialdemokrat: Kaufmann Wiener.
- 31. Bezirk.**  
Freisinnig: Oberinspektor a. D. Lorenz.  
Freie Vereinigung: Reiter Rudolph.  
Sozialdemokrat: Kaufmann Wiener.
- 32. Bezirk.**  
Parteilos: Vordirektor Magira.  
Freie Vereinigung: Stadt. Jeron (bisher. Vertreter).  
Sozialdemokrat: Redakteur Albert.
- 34. Bezirk.**  
Freisinnig: Fortbildungsschullehrer Maniel.  
Freie Vereinigung: Stadt. Ralsch (bisher. Vertreter).  
Sozialdemokrat: Buchhalter Seymann.

## Städtische Wohnungspolitik.

Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß! Das ist das Motto für unsere kommunale Wohnungspolitik. Vor mehreren Jahren auf Antrag des Magistrats aus der Mitte der städtischen Gesundheitskommission ein Wohnungsausschuß gebildet wurde, der Wohnungsbedingungen nach einem bestimmten "formularmäßig" festgelegten Programm vorzunehmen und besonders schlechte Wohnungen räumen lassen sollte, da herrschte in manchen Hausbesitzkreisen Schrecken, in den Kreisen derjenigen, die längst schon die Durchführung einer städtischen Wohnungspolitik zur Besserung der jammervollen Breslauer Wohnungsverhältnisse gewünscht hatten, hoffnungsvolle Freude. Es sollten aber alle enttäuscht werden, die Hausbesitzer unangenehm, die anderen sehr unangenehm.

Zunächst vergingen ein paar Jahre, ehe der Wohnungsausschuß überhaupt in Tätigkeit trat. Er hatte unendliche Zeit nötig, um sein Programm "formularmäßig" festzulegen. Als man dann endlich zur Wohnungsbeschäftigungen kam, zeigte sich allerdings, wie es in einer Magistratsvorlage heißt und wie es von keinem Kenner der Verhältnisse vorher anders erwartet war, daß noch eine große Anzahl überflüssiger Wohnungen

vorhanden ist, deren Beseitigung im öffentlichen Interesse liegt. Aber es zeigte sich nach der Erklärung des Magistrats auch, daß eine eingehende und sorgfältige Beschäftigung dermaßen Zeit in Anspruch nahm, daß weder die Ehrenbeamten noch die besoldeten Mitglieder des Ausschusses im Nebenamt dauernd dieser Tätigkeit gewachsen waren. Das sprach ja auch deutlich genug für die Größe des Übels, obwohl die Anforderungen, die von dem Ausschuss an die Wohnbarkeit der zu untersuchenden Räume gestellt wurden, sich als außerordentlich bescheiden darstellten.

Als Ersatz für die Untersuchungskommission schlug denn nun der Magistrat die Anstellung eines Wohnungsausschusses für die gesamte Stadt vor. Das dieses völlig ungenügend war, ging ja am besten aus der oben wiedergegebenen Erklärung des Magistrats von der Überlastung des Ausschusses hervor. Aber man wollte zunächst "Erfahrungen sammeln", als ob solche nicht von anderen Städten, in welchen die Einrichtung der Wohnungsausschüsse schon seit langer Zeit besteht, zu bekommen gewesen wären, wenn sie nach den Erfahrungen des Ausschusses überhaupt noch nötig waren.

Die schlimmer noch war, daß man diesem Wohnungsausschuß gegenüber den Hausbesitzern gleich die Hände band, gerade als ob man sagen wollte: "Fürchtet Euch nicht, wir tun bloß so!" Wo der Wohnungsausschuß wichtigere Veränderungen der Wohnungen für nötig hält, soll erst eine Nachprüfung durch eine besondere Kommission erfolgen und erst nach Abgabe dieses Gutachtens sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Und wie? Grundsätzlich soll dabei, sagte der Magistrat in der Begründung seiner Vorlage, Abhilfe der vorhandenen Mängel zunächst durch Rat, Belehrung oder Mahnung versucht werden und erst im Falle diese Mittel nicht ausreichen, soll das Erforderliche wegen Herbeiführung baupolizeilicher Einschreitens beantragt werden. Man muß die große Mehrheit unserer Hausagrarier in ihrem traffen, rücksichtslosen Egoismus gegenüber den Mietern gar nicht kennen, wenn man im Ernst glauben kann, sie seien dort, wo es sich um ihren Profit handelt, "Rat, Belehrung und Mahnung" zugänglich. Aber: Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß, so hieß es eben immer: "In jedem sozialpolitischen Magistrat und ganz selbstverständlich stimmen diesem schönen Grundsatz unsere Stadtväter, Liberale und reaktionäre, mit großer Begeisterung zu."

Nicht anders geht es ja auch mit unserer städtischen Grund- und Bodenpolitik. Emsigste, durchgreifende Wohnungspolitik kann eine Gemeindegemeinde nur treiben, wenn sie ihre Bodenpolitik darauf einrichtet. Sie muß so viel wie nur möglich Grund und Boden in ihren Besitz bringen, um zunächst Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen, dann aber auch, um selbst zur Produktion von Wohnungen überzugehen. Weber das eine noch das andere erstrebt die Breslauer städtische Bodenpolitik. Wohl hat man den Grundbesitz der Stadt im Laufe der Jahre beträchtlich vermehrt, aber lediglich zu dem ja auch guten und notwendigen Zwecke, die der Stadt notwendigen Flächen zur Errichtung öffentlicher Gebäude und Anlage von Straßen und Anlagen zu erhalten. Auf der anderen Seite aber hat die Stadt, unter dem lebhaften Protest der sozialdemokratischen und einiger sozialpolitisch gerichteter bürgerlichen Stadtverordneten, große wertvolle Terrains der Stadt wieder verkauft, und zwar an Bauunternehmer zum Zwecke der Errichtung von Wohnhäusern.

In dieser inkonsequenten Bodenpolitik der Stadt sind Magistrat und bürgerliche Stadtverordnete ein Herz und eine Seele. Man kann sich nicht leicht einen erbitterteren Gegner einer städtischen Wohnungspolitik, die auf städtische Produktion von Wohnungen ausgeht, denken, als den Breslauer Oberbürgermeister. Er steht auf dem eigenartigen Standpunkt, daß, wenn die Stadt "seine Wohnungen baut, sich bald kein Privatunternehmer mehr finden wird, der solches auch tut, weshalb dann die kleinen Wohnungen ganz ungenügender im Preise liegen müßten. Herr B. ist daher gerade im Interesse der kleinen Leute nicht, daß die Stadt Wohnungen baut. Schon die Verbreitung der Meinung, die Stadt könne in Zukunft einmal gebraucht werden, höhere und billigere Wohnungen selbst zu schaffen, würde nach seiner Meinung jetzt schon die Unternehmer vom Bau kleiner Wohnungen abscrecken. Sowohl von sozialdemokratischer Seite, als von Seiten des gewiß heftigen hochangesehenen bürgerlichen Nationalökonom Professor Sombart sind diese zu-gegenüberstehenden mit den wirtschaftlichen Tatsachen und Verhältnissen in keinem Widerspruch stehenden Anschauungen des Breslauer Stadtoberhauptes wiederholt kritisiert und widerlegt worden. Aber Herr Bender bleibt mit ostpreussischer Zähigkeit dabei beharren und seine Freunde stimmen ihm freudig zu.

Den bürgerlichen Vertretern ist natürlich die Aussicht, die Kommune könne den privaten Bodenspekulanten, den Bauunternehmern und Hausagrarern einmal Konkurrenz machen, fürchterlich. Das muß und soll eine "private An-

gerung der Ehescheidung lag, hat er sich aus der Hand gegeben. Er erfüllte nämlich pünktlich die von ihm übernommene Verpflichtung, alsbald nach der "Hochzeit" in Deutschland einen Ehebriuch zu begehen, um dadurch seiner "Ehefrau" für den sofort anstrengenden Ehescheidungsprozess einen durchgreifenden Scheidungsgrund zu liefern. Diese Pünktlichkeit in der Erfüllung seiner Verpflichtungen ist nun sein Schade. Armer Baron!

**Der gepreßte Chemann.** Für alle Kreise der Berliner Lebenswelt und besonders für die Damen, die der Pariser so bezeichnet Grandes Cocottes nennt, bildet der Fall "Sulzer" seit Wochen das fast ausschließliche Gesprächsthema. Fräulein Maria Anna Sulzer, früher summe Statistin am Thalia, dann sprechende Statistin am Trianon-Theater, hatte, seit sie aus den Armen der Vorhänger in die des Prinzen Joachim im Alibi recht von Preußen übergegangen war, den Ehrgeiz, der neuen Würde dadurch Rechnung zu tragen, daß sie ihren bürgerlichen Namen gegen einen adeligen auszutauschen wünschte. Da ihre Verdienste um die Kunst zur Verleihung des erblichen Adels augenscheinlich nicht ausreichten, erschien ihr der einfachste Weg zur Erlangung ihres Zieles die Heirat mit einem adeligen Mann, der sich allerdings verpflichten mußte, gewisse Rechte ihr gegenüber nicht geltend zu machen und sich, sobald als irgend möglich, von ihr wieder scheiden zu lassen. In der Person eines Freiherrn Viktor Josef von Siebenberg, Magistratsbeamten in Wien, wurde durch einige Berliner und Wiener Denkmäler ein solches Individuum gefunden, und am 9. Mai 1906 konnte in London die Trauung vollzogen werden, bei der die Eheleute sich zum ersten und letzten Male ganze zehn Minuten saßen. Seit der Stunde trägt Maria Anna Sulzer den Namen Baronin Liebenberg. — Soweit war die Affäre auch weiteren Kreisen in Berlin bekannt. — Nun bringen die Wiener Zeit und eine Anzahl englischer Zeitungen interessante Einzelheiten über die sonderbare "Hochzeit" und über die Nachgeschichten der bei dem Aufbruch tüchtig gewordenen Vermittler. Die Enthüllungen gipfeln darin, daß Baron Liebenberg den ausbedungenen, litigenden Lohn für seinen Liebesdienst trotz aller Mühe bis heute nicht erhalten konnte. Es waren ihm nämlich 15,000 Mark für die Eheschließung und weitere 15,000 Mark für die als baldige Ehetrennung zugesichert worden. Auf Grund der ersten Summe, die beim Eheschluß in ganzer Höhe fällig war, soll er bisher aber nur 1000 Mark erhalten haben. Wenn das zutrifft, scheint der österreichische Gentleman neben anderen schätzenswerten Eigenschaften auch über eine gehörige Portion — sagen wir — Gammelsucht zu verfügen. Bei solchen "Ehegeschäften" pflegt die Sache doch Zug um Zug abgehandelt zu werden. Hier Geld — hier Name! Vermutlich haben die hohen Beziehungen seiner "Braut" ihn veranlaßt, die gebotene Portion eher acht zu lassen. Aber er hat übersehen, daß nicht der Prinz, der eingegangene Verpflichtungen gewiß erfüllt hätte, sondern einer der Vermittler des Fräulein Sulzer sein Gegenüberstand war. Nun hat der Baron das Nachsehen. Denn auch die zweite Summe, die in der ersten Vereinbarung

gerung der Ehescheidung lag, hat er sich aus der Hand gegeben. Er erfüllte nämlich pünktlich die von ihm übernommene Verpflichtung, alsbald nach der "Hochzeit" in Deutschland einen Ehebriuch zu begehen, um dadurch seiner "Ehefrau" für den sofort anstrengenden Ehescheidungsprozess einen durchgreifenden Scheidungsgrund zu liefern. Diese Pünktlichkeit in der Erfüllung seiner Verpflichtungen ist nun sein Schade. Armer Baron!

Ein Telegramm meldet uns noch, daß die Braunschweiger Neuesten Nachr. von dem Adjutanten des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, Herrn v. Brandenstein ermächtigt worden sind, daß durch die Presse gehende Gerücht von einer angeblich bevorstehenden Vermählung des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen mit einer Schauspielerin zu dementieren.

**Eisenbahnunfälle.** In der letzten Nacht 2 1/2 Uhr fuhr, wie die Braunschweiger Nachr. melden, ein Zug auf dem Bahnhof Bebra infolge Hinausfahrens über das Haltsignal einem Güterzuge in die Kollision. Die Maschine und acht Güterwagen entgleisten und wurden schwer beschädigt. Der Zugführer des Güterzuges ist tot, mehrere Personen wurden leichter verletzt. Es wird versucht, den Fernverkehr aufrecht zu erhalten. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — In dem Eisenbahnunfall in Leberitz wird noch gemeldet: Das Ausgelenk der Lokomotive des Güterzuges wurde durch starke Nebelschwärze der Geleise begünstigt. Inwiefern eine Schuld des Personals in Frage kommt, ist amtlich noch nicht festgestellt. Nur einem Unfall ist es anzuschreiben, daß von den Passagieren des Güterzuges niemand verletzt wurde. Die Trümmerstätte wird voraussichtlich bis heute Nachmittag abgetragen sein. Der Materialschaden ist amtlich noch nicht festgestellt, er wird jedoch auf 100—150,000 Mk. geschätzt. — Auch aus Bregenz meldet der Draht die folgende Kollision: Heute Nacht stießen auf dem hiesigen Bahnhof zwei Lastzüge zusammen. Acht Waggons wurden total zertrümmert, ein Dreifachlokomotive schwer verletzt, mehrere Bahndienstleute leicht.

**Strohbahnwagen auf Straßenbahnstrecken.** Als ein Strohbahnwagen der Linie 99 in Berlin, nach dem Gehilger Bahnhof fahrend, die Kantstraße passierte, wurden die Wagenkasten wie aus der Straßenbahnstrecke plötzlich durch laute Detonation erschüttert. Wie sich herausstellte, war eine mit Sprengstoff gefüllte Wackelpack in die Schienenrinne gelegt worden, deren Inhalt durch die Räder des Strohbahnwagens zur Explosion gebracht worden war. Ein gleichzeitiger Vorfall ereignete sich kaum zehn Minuten später in der Leubardistrasse unweit vom Amtsgericht. Dort wurde eine solche Sprengpatrone durch einen Wagen der Linie 80 zur Explosion gebracht. Personen wurden nicht verletzt und auch kein Materialschaden herbeigeführt. Der Urheber des Unfalls — um einen solchen dürfte es sich handeln — konnte nicht ermittelt werden. — In der Leubardistrasse hatte das unglückselige Fahrzeug fast

gelegenheit" bleiben, es muß weiter "verdient" werden und wenn auch der Wohnungskammer zum Himmel steigt und Not, Elend, Krankheit und Verbrechen üppig wuchern auf diesem Boden. Um jede Gefährdung des "guten Geschäftes" zu verhüten, benutzte man die Ziele einer wahrhaft kulturellen Wohnungspolitik als Verwirklichung des "sozialdemokratischen Zukunftsstaates". Kann man damit Denkende Arbeiter erschrecken? Sie werden aus diesen von der Angst des bösen Gewissens eingegebenen Meinerungen der Gegner nur ersehen, daß sie sich auf dem rechten Wege befinden, wenn sie sozialdemokratisch denken und handeln. Wer deshalb dem modernen großstädtischen Wohnungselend ernsthaft zu Leibe gehen will, der kann nicht anders, als bei der kommenden Stadtverordnetenwahl am 10. November die Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen!

### Die städtischen Arbeiter als Stadtverordnetenwähler.

In der "Scola" hielt am Mittwoch der Kandidat für den 28. Wahlbezirk, Genosse Mehrlein, an die städtischen Arbeiter, deren Vertrauensmann er ist, eine Ansprache. Die Versammlung, zu der die Stadtverordneten sowie alle Kandidaten eingeladen waren, hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen, nur die Stadtverordneten und die bürgerlichen Kandidaten blieben durch ihre Abwesenheit. Mehrlein entwickelte in großen Zügen das Programm der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein, den städtischen Betrieben in Breslau fehle nicht mehr als alles, um die Bezeichnung als Musterbetriebe zu verdienen, und darum sei es Pflicht der Stadtverordneten, für ihre Reformierung, wie überhaupt für das Interesse der Arbeiter einzutreten. Wer aber tut dies, und wer hat es getan? Die konservativ-liberale Vereinigung hat sich im Stadtparlament stets als Arbeiterfeindlich gegenüber dem Verbande der städtischen Arbeiter gezeigt, hat gegen alle berechtigten Forderungen, Erhöhung der Löhne, Arbeiterauskünfte etc., während sie die konservativen Vereine nach jeder Richtung hin protegirt hat. Die Kandidaten dieser Vereinigung können, das muß jeder Arbeiter einsehen, ihre beruflichen Vertreter nicht sein; aber auch die Liberalen Kandidaten sind nicht ihre Männer, sie haben schöne Worte, aber ihre Arbeiterfürsorge ist nicht weit her. Mehrlein begründet eingehend die aufgestellten Forderungen an die Stadtgemeinde, deren Erfüllung davon abhängen werde, ob die Arbeiter ihrem Verbande, der für sie schon viel erreicht, treu bleiben, und dafür eintreten werden, daß in die Stadtverordneten-Versammlung wirkliche Arbeitervertreter kommen, die die Verhältnisse genau kennen, mit ihnen fühlen und unausgesetzt ihr Wohl zu fördern suchen. — Darauf hielten auch die Genossen Wibera und Prozig an die Anwesenden eine Ansprache. Sie wies darauf hin, daß kein bürgerlicher Kandidat es für notwendig gefunden habe, der Versammlung beizuwohnen und zu hören, was den Arbeitern fehlt; die organisierte Arbeiterschaft habe sich stets der städtischen Arbeiter angenommen und so hoffe sie, daß sie bei der bevorstehenden Wahl ihre Schutzhülle tun und die Kandidaten wählen werden, auf die sie sich verlassen können, daß sie in ihrem Interesse wirken werden. Kein städtischer Arbeiter brauche sich zu fürchten, sozialdemokratisch zu wählen, man werde sich hüten, sie zu mahnen; geschieht es doch, dann werde die gesamte organisierte Arbeiterschaft hinter ihnen stehen.

In der Diskussion wurde von allen Rednern übereinstimmend betont, daß die Zustände in den städtischen Betrieben durchaus verbesserungsbedürftig sind. Genosse Wobaupt erwiderte, daß die Frauenabteilung darauf ausgehe, die Löhne der Arbeiter in dieser Verwaltung zu kürzen, daß sie Arbeiter am Waschtisch, wo Bromenaden-Anlagen geschaffen werden, im Afford ausführen läßt. Die Arbeiter können dabei auf ein Tagelohn von 1,75 M. bzw. 2,25 M., während der übliche Tagelohn 2,40 M. sein soll. Ein betagter 75jähriger Bromenadenarbeiter hätte es vorige Woche nur auf 6 Mark gebracht. Von anderen Rednern wurde vorgeschlagen, daß bei der Ausführung des Koalitionsrechts gewählt werden soll und der Herr Oberbürgermeister nichts gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden habe, die unteren Organe aber trotzdem mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiter vom Verbands fern zu halten.

Nach einem Schlußwort Mehrleins, der die Arbeiter aufzurichte, am 10. November ihre Pflicht zu tun, wurde die Versammlung geschlossen. Die Forderungen lauten:

1. Unbeschränktes Koalitionsrecht, Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und Verhandlung mit den Vertretern des Verbandes, sofern berufene Arbeiter-Versammlungen diesbezüglich beschließen.
2. Einführung von Wochenlöhnen bei neunstündiger Arbeitszeit, mit Ausnahme der Feuerhausarbeiter in den Gaswerken, wo eine höchstens achtstündige Arbeitszeit bei gleichfalls festen Wochenlöhnen gefordert wird.

mit Pfeffer irrtümlich mit — Insektenpulver gewürzt. Nach der Einnahme der Mahlzeit erkrankte die aus sieben Köpfen bestehende Familie derart, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Glücklicherweise besteht bei keinem der Erkrankten eine Lebensgefahr.

**Keine Chronik.** In Wilmsdorf wurde der Lehrer Sch. verhaftet. Er wird beschuldigt, sich an einem 13jährigen Schüler unzüchtig vergriffen zu haben. Es wurde von den Eltern dem Rektor Anzeige erstattet, der den Vorfall der vorgelegten Beschöde mitteilte, worauf die Einschüderung des Lehrers erfolgte. Als Sch. diese Nachricht erhielt, unternahm er einen Selbstmordversuch, der jedoch mißlang. — In Sammelstall auf Uedom sind 42 Hausväter aus der Landeskirche ausgetreten. — Kapitän Steffens, der Führer des in Camburg von La Plata angekommenen Dampfers "Granada" überbringt folgende Meldung: Am 8. November Nachmittags 1 Uhr bekamen wir auf 52 Grad Nord und 3 Grad West einen Dampfer mit starker Schlagseite in Sicht. Die jedoch die "Granada" ihn erreichen konnte, sank der fremde Dampfer in die Tiefe. Aus den treibenden Wrackstücken war sein Name nicht zu ersehen. Da ich keine Menschen in der Nähe der Unglücksstätte treiben sah, fuhr ich weiter. Ansehend hatte die Mannschaft den sinkenden Dampfer schon früher verlassen. — Aus Camburg wird gemeldet: Das Segelschiff "Abeona", Kapitän Jensen, ist auf der Fahrt nach Riohonda gestrandet. Sieben Mann der Besatzung ertranken; die übrige Mannschaft befindet sich an Bord in gefährlicher Lage. — In Kleinwülknitz bei Dessau erkrankte eine Frau Plauge ihrem zwei-jährigen Sohn, verordnete ihr einjähriges Lächeln durch einen Revolverkugeln und versuchte sich zu erhängen. Sie wurde jedoch ins Leben zurückgerufen. Aus Verweisung darüber, daß ihr Mann an Scharlach verstorben war, soll die Frau die Tat begangen haben.

**Letzteres über Ägypten.** "Ich muß mir eine Uniform machen lassen," sagte der liebe Gott zu Petrus. "Vor einem Willkür haben die Preußen, die hier oben sind, keinen Respekt!" "Eindrehen-Scheiße für die Arbeiter. Was sind Sie in Ihrem Wohlverhältnis?" wurde er gefragt. "Hauptmann, Herr Feldwebel!" "Ein junges flottes Mädchen hatte sich mit einem Hauptmann, einem abgelebten Herrn, verlobt. Willst du, Willst du, Deine Kasse schmecken du matt! Die Du dran auch nicht?" "Eine maßgebende Stimme an den Franken. 'Ain eben doch noch nicht genug Absetzen an den Uniformen, sonst hätte die Geschichte nicht passieren können!"

3. Die Löhne sind nicht von den einzelnen Verwaltungen und noch weniger von den subalternen Organen festzusetzen oder im Einzelfalle zu bestimmen. Die Löhne sollen vielmehr unter Beachtung der gewerkschaftlichen Beschlüsse zur Abschließung eines Tarifvertrages von den städtischen Kollegien genehmigt und deren Kontrolle unterstellt werden.

4. Beseitigung jeglicher Arbeit. Für Ueberstunden, Feiertags- und Sonntagsarbeit sind Zuschläge von 40 bis 50 Prozent zu zahlen. 6. Bei etwaigen Entlassungen wegen Arbeitsmangel sind die zuletzt Eingestellten zu entlassen. Bei Entlassungen von Arbeitern, die länger wie zwei Jahre ununterbrochen im Dienste der Stadt beschäftigt waren, muß vor der Entlassung der Arbeiter-Ausschuß gehört werden.

7. Zu dem Amte des Arbeiterauschusses. Mitglieder des Ausschusses kann jeder städtische Arbeiter gewählt werden und ist Wähler, der das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und ein halbes Jahr bei der Stadt beschäftigt ist. Die Wahlen zum Arbeiter-Ausschuß finden alle Jahre statt. Zu den Sitzungen der Arbeiter-Ausschüsse sind die Vertreter des Verbandes mit beratender Stimme zugelassen. Aus den vorhandenen zehn Arbeiter-Ausschüssen ist ein General-Arbeiterauschuß zu bilden, und zwar durch Delegation je eines Vertreters. Dieser Zentral-Ausschuß bildet die Berufungsinstanz bei Arbeiter-Entlassungen und verhandelt direkt mit der obersten Behörde.

8. Errichtung eines Arbeitsnachweises für die städtischen Betriebe, an dessen Verwaltung die Arbeiter mitbeteiligt sind. Die Verwaltungen, welche wegen Arbeitsmangel Arbeiter entlassen — wie das ja alljährlich bei den Gaswerken, Marfall, Promenade etc. der Fall ist — haben rechtzeitig den Arbeitsnachweis davon zu unterrichten, damit die Betroffenen eventuell in anderen städtischen Ressorts Arbeit erhalten. Sämtliche städtische Verwaltungen haben ihre Arbeiter nur durch diesen Arbeitsnachweis zu verlegen. Bei der Einstellung sind in erster Reihe Leute zu berücksichtigen, die in Breslau oder den Vororten wohnen und bereits in städtischen Diensten standen.

9. Die Löhne der städtischen Arbeiter sollen eine derartige Höhe haben, daß die Arbeiter damit auskommen können, ohne ihre Frauen mit zur Arbeit heranziehen zu müssen, wie das heute noch bei über 80 Prozent der städtischen Arbeiter Breslaus der Fall ist. Die von der Stadt gezahlten Löhne sollen vorbildlich wirken und dürfen in keinem Fall hinter den Privatbetrieben zurückbleiben.

### Zur Eröffnung des Breslauer Schauspielhauses

erhalten wir von einem Arbeiter die nachfolgenden Zeilen, die wir hiermit wiedergeben, ohne uns auf alle Einzelheiten festzulegen. Es heißt da:

Das herrliche kunstliebende Publikum steht vor einem bedeutenden Ereignis: Ein neues Theater eröffnet hemmüßig seine Pforten. Damit erhält unsere Stadt seit vielen Jahren wieder einen Bühnenzuwachs. Für das Proletariat hat ein neues Theater noch keine große Bedeutung. Wohl gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl Arbeiter, die ab und zu einmal ein Theater besuchen. Die große Masse jedoch steht der Kunst auf den Brettern, welche die Welt bedeuten, fast teilnahmslos gegenüber. Dieses geringe Interesse ist nur zu begründlich! Vor allem fehlt dem Arbeiter zum Theaterbesuch das nötige Geld. Mit den Kunstgenüssen verhält es sich genau so, wie mit den Leistungen: Einige Tausend begüterter überflüssigen sich daran, daß sie selbst den besten Aufführungen von Kunstwerken kein Interesse mehr abgewinnen können, während dem Proletariat in seiner Gesamtheit die Kunst ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.

Die große Masse der Arbeiter hat aber auch keine Zeit. Wenn jemand wirklich das Verlangen hat, nach des Tages Laß und Ruhe ins Theater zu gehen, so wird er meistens zu spät kommen. An Sonn- und Feiertagen aber erhält er sehr schwer Plätze. Die wenigen Plätze, die von Arbeitern erstanden werden können, sind schnell verkauft. Der größte Teil dieser billigeren Plätze ist überdies hundsmissig. Im Parterre müssen sich die Besucher wie die Heringe zusammendrücken lassen, und auf der Galerie möchten sie die Eigenschaft der Strafe haben, um wenigstens ein Stück von der Bühne zu sehen zu bekommen. Auf manchen Plätzen ist auch das nicht einmal möglich. In dem neuen Theater sollen ja die Platzverhältnisse besser sein, hoffentlich erfüllen sich die dahingehenden Verabredungen.

Und nun noch ein paar Worte zu der Frage: Haben die Arbeiter am Theater ein Interesse? Hierbei muß zunächst konstatiert werden, daß die Theatermacher ausschließlich bürgerliche Kunst ist. Die Bourgeoisie hat eben auch den Boeten in ihren bezahlten Lohnarbeiten verhandelt. Dazu kommt aber noch der alte Kopf: die famose politische Zensur! Was im Lande der Dichter und Denker über die Bretter gehen soll, muß politisch sein, sonst wird es verboten. Für die Arbeiter besteht bekanntlich noch eine besondere Zensur. Haben wir es doch hier mehrfach erlebt, daß Theaterstücke, die vor bürgerlichen Zuschauern gespielt werden durften, den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins vorenthalten wurden, weil die Theaterdirektion von einer sehr bekannten Stelle einen Wink mit dem Rumpfsack bekommen hatte.

Ein Mittel im Klassenkampf ist das Theater also nicht und wird es auch sobald nicht werden. In Berliner Parteitagen besteht zwar die Absicht, ein eigenes Theater zu errichten, um auch Werke zur Aufführung bringen zu können, welche die Ideen des Proletariats verkörpern. Das Projekt dürfte aber wohl am Kostenpunkt scheitern, denn zum Theaterspielen gehören die bekanntesten drei Dinge wie zum Kriegsführen. Ob ein solches Millionenprojekt — denn darauf läuft die Sache hinaus — in der Berliner Arbeiterschaft genügende Unterstützung finden würde, ist mindestens zweifelhaft. Ueberdies raten auch Fachleute aus rein künstlerischen Erwägungen von der beschriebenen Gründung ab, und die Berliner Arbeiter würden, anders Erachtens nach, gut tun, wenn sie die wachsenden Stimmungen beherzigen.

Ein bloßes Interesse hingegen kann das Proletariat einer Anzahl heute zur Aufführung gelangender Theaterstücke sehr wohl entgegenbringen. Da sind zunächst die Klassiker und das moderne Schauspiel. Dann aber namentlich auch eine Anzahl Opern, die schon der Musik und des Gesanges wegen bei den Arbeitern und ihren Frauen jubeilende Begeisterung zu entfachen imstande sind; Bedingung ist nur, daß den Obren der Text nicht völlig fremd ist. Das Festhalten an jedem weiteren Besuch und steigert sich gar bald zum Enthousiasmus. Eine Gruppe solcher Kunstgenüsse ist in jeder Vorstellung im Parterre und auf der Galerie zu finden. Willig opfern diese Kunstgenüsse von ihrem letzten Eincentimen 50 Pfennige oder 1 Mark 25 Pf. und stehen obendrein schon eine Stunde in Wind und Wetter vor der Tür, um einen halbwegs guten Platz zu bekommen. Gar mancher hört ein Wort bereits zum neunten Male und besitzt eine Urteilskraft, die viele Parteitagsbesucher nicht entfalten haben. Auch der Anhang zu unseren Volksvorstellungen beweist, daß ein reges Kunstinteresse in einem Teile der organisierten Arbeiterschaft vorhanden ist. Dieses im Erwachen begriffene Bewußtsein, daß es außer Essen und Trinken auch noch andere erstrebenswerte Gattungen gibt, ist auch vom Standpunkt des Klassenkampfes mit Freuden zu begrüßen. Denn je zahlreicher die Bekämpften des Proletariats sind, die von der heutigen Gesellschaft nicht bedrückt werden können, desto früher wird es eine Ordnung" bereitigt wissen wollen, die es zum Entlassen verurteilt. Deshalb: Hört mit der verdammtesten Bekämpfungslust auf. Wir wollen das Leben genießen! Das gilt für das Proletariat auch in künstlerischen Dingen. Wegen die bestgehenden Klassen über die unanfechtlich wachsende Begeisterung der Arbeiter setzen, wir rufen ihnen zu: "Nur Lampen sind beschissen!"

Den Bühnenmachern, den unsere Stadt durch die Eröffnung des Breslauer Schauspielhauses bekommt, begrüßen wir mit Freundschaft die Platzverhältnisse es gestatten, daß auch Arbeiter in

größerer Zahl für mäßiges Geld den Vorstellungen beizuwohnen können. Unter den Erholungen und Besichtigungen des Proletariats zählt der Theaterbesuch sicher nicht zu den schlechtesten.

### Der Breslauer Droschkerstreik

sollte nach Annahme von Postzeit und Staatsanwaltschaft bei Anlaß dafür sein, daß der Droschkenbesitzer Böhm am 1. April 1906 nicht auf der ihm zugewiesenen Haltestelle erschienen war. Er wurde angeklagt wegen Uebertretung der Droschkenpolizei-Verordnung. Der Angeklagte gab zwar zu, an jenem Tage Nachmittags 8 Uhr nicht angekommen zu sein, machte aber geltend, das sei deshalb geschehen, weil er seine Droschke die Nacht zum 1. April als Nachdroschke gesessen habe. Nach § 11 der Droschkenverordnung von 1900 sei der Droschkenführer vom Tagesdienst befreit, der die Nacht vorher gefahren sei. Das Landgericht Breslau sprach auch den Angeklagten frei, weil ihm jene Bestimmung zur Seite stehe, und führte noch aus: Es sei allerdings von der Staatsanwaltschaft geltend gemacht, daß das Fehlen des Angeklagten in dem Droschkenstreik seine Ursache habe. Indessen liege kein Anlaß vor, dem Angeklagten nicht zu glauben, was er sage.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht das Landgericht Urteil auf und verurteilte den Angeklagten gleich im Einverständnis mit dem Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft zu der zulässig niedrigsten Strafe von 1 Mark. Begründend wurde ausgeführt: Zu Unrecht habe das Landgericht die Droschken-Verordnung von 1900 und ihren § 11 angewandt. Am 1. April 1906, dem kritischen Tage, sei gerade die neue Verordnung vom 29. Januar 1906 in Kraft getreten, und diese sei deshalb anzuwenden. Sie habe aber den § 11 der alten Verordnung verändert. Danach wäre es gleichgültig, ob B. die Nacht vorher gefahren sei. Er hätte trotzdem am Vormittag des 1. April 1906 auf der ihm zugewiesenen Haltestelle anfahren müssen. Da er es nicht tat, sei er nach der neuen Verordnung strafbar. Es genüge aber hier, wo die neuen Bestimmungen eben erst in Kraft getreten waren, die niedrigste Strafe. Deshalb habe im Einverständnis mit dem Oberstaatsanwalt gleich darauf erkannt werden können.

### Wahltag, Wähler des 23. Bezirkes!

Donnerstag, den 8. November, Abends 8 Uhr, findet die letzte Wählerversammlung vor dem Wahltag im "Schwarzen Bären", Berliner Chaussee 93/95, statt. Unser Kandidat, Genosse Mehrlein, wird noch einmal eine gründliche Abrechnung mit den Gegnern vornehmen. Auch ist zu erwarten, daß die Straßenbahner erscheinen, um ihre Bierabende mit Kofe und Weibe zu verteidigen. Fehle daher keiner in der Versammlung.

**Für die Sandvorstadt** bzw. den 26. Stadtverordnetenwahlbezirk findet Donnerstag Abend um 8 Uhr noch eine öffentliche Wählerversammlung statt, und zwar in der "Deutschen Krone", Weinstraße 49. Der Kandidat des Bezirkes, Genosse Wibera, wird einen Vortrag halten. Genossen, sorgt für recht zahlreichen Besuch.

**Im 29. Wahlbezirk** findet Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Roser, Hubenstraße 125, eine Stadtverordnetenwählerversammlung statt, in der Stadtverordneter Schütz und der Kandidat des Bezirkes, Genosse Rother, sprechen werden. Recht zahlreiches Erscheinen, auch von Frauen, ist dringend erwünscht.

**Die siebente diesjährige Schwurgerichtsperiode** beginnt Montag, den 12. d. M. Ihre Dauer ist auf eine Woche bemessen. Größere und bedeutendere Strafsachen stehen angeblich nicht zur Verhandlung.

**Unser Leitungswasser.** Durch die Wasserleitung wurden am 5. November 12,624 cbm Grundwasser und 25,762 cbm Oberwasser der Stadt zuzuföhrt. Der Manganoxyd- und Mangansulfatgehalt betrug 1,3 mg bzw. 2,8 mg auf das Liter.

**Geservierte Chaussee.** Im Landkreis Breslau ist infolge eines des Abichlaffendes bei Klein-Masselwitz die Straße von Klein-Masselwitz nach Groß-Masselwitz bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt.

**Wahlunterhaltung** am Abend des Humboldt-Derens. Sonnabend, den 10. d. M. Abends 8 Uhr, in der "Wilhelmshöhe", Hubenstraße 125. Den Abend "Krent Euch des Lebens" wird Herr Schriftsteller Ludwig Sittenfeld mit einer kurzen Ansprache einleiten. Derselben folgen Deklamationen (Karl Klein) und ein Vortrag von den vereinigten Theatern, Gelanagsvorträge Frau Dr. Bialon-Fussler, Klavierstücke (Herr Maximilian Kofe) und Violinpièces (Herr Karl Marfall) in bunter Reihe. Der Abend wird seinem Namen entsprechend einen üblich heiteren Charakter tragen und das gesamte Publikum wird selbst das Lied, das dem Abend den Titel gegeben, singen. Programm und Rederterie erhalten die Besucher kostenlos. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind für Jedermann in zahlreichen, durch Plakate kenntlich gemachten der Sandvorstadt zu haben; an der Kasse 30 Pf.

**aus Stache.** Einem auf der Friedrich-Wilhelmstraße wohnenden Restaurateur wurden am 5. d. M. ein Gabn und eine Heant vergiftet. Es liegt zweifellos ein Racheakt vor.

**Von einem Verbe geizt.** Ein Rusländer aus Steinau hatte am 3. d. M. einen Hühnerhals ins Gesicht erhalten und anschließend einen Schädelbruch erlitten. Der Mann land in der Kgl. Klinik Aufnahme, wo er gestorben ist.

**Straßenanfall.** Ein vier Jahre alter Knabe wurde am 6. d. M. auf der Kaiser-Wilhelmstraße durch ein Automobil umgefahren. Da dieser sofort zum Stehen gebracht werden konnte, erlitt der Knabe anschließend nur eine leichte Verletzung am Hinterkopf. — Am 5. d. M., Nachmittags, wurde ein Motorcyclist, der anscheinend an Heilvergütung erkrankt war, auf der Karlsstraße bewußlos aufgefunden. Er wurde im Allgemeinhospital aufgenommen.

**Wohnungsbrand.** Am 6. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerweh nach Bürenstraße 14 gerufen, wo in einer Wohnung ein Bett am Ofen gebrannt hatte.

**In das Polizeigefängnis** wurden am 6. d. M. 30 Personen eingeliefert.

**Gestanden wurden:** ein Paar Ohrringe, eine Boa und eine Herbedede.

**Abhanden kamen:** ein Granatarmband, ein silbernes Gefäß und 30 M.

**Gestohlen wurden:** Aus einer Restauration ein schwarzer Kalmobierbecher mit der Firmenbezeichnung "E. Prostaner", aus einer Wohnung ein Kopfstücken mit neuen Federn und rosa-rot gefärbtem Juleit, einem Reisenden aus einem Eisenbahnwagenabteil folgende Sachen: ein schwarzer Muffelkoffer, enthaltend Mappen, gezeichnet: Paul Hofant mit Vorderansicht, ein brauner, lederner Muffelkoffer mit zwei Riemen und Heberzug, enthaltend Kleinfalten, eine schwarze Pelzreize, ein Jantelische und eine braune Altentische, enthaltend "Hofbe"-Schweißblätter; ferner an dem Schalter eines hiesigen Theaters einem Herrn ein Gul mit zwei Silberbesteckern und Goldfedern und einer Arbeiterkarte von der Sandvorstadt ein Portemonnaie mit 7 Mark; von einem Bierwagen eine graue Toppe, aus dem Schuppen aus der Wilhelmshöhe ein neuer, schwarzes, Bismarck mit roter Garnitur; aus einem Hause auf der Schmeidebühl ein Füllhorn, "Garnat", eine Füllhorn aus dem Schuppen ein Portemonnaie mit 10 M., einem Droschker in einem Waschkübel auf der Sandvorstadt ein Portemonnaie mit 16 M.

**Veranstaltungen und Vereine.**

**Maschinenarbeiter-Verammlung.** Am Montag, den 5. dieses Monats fand im kleinen Saal der „Scala“ eine Maschinenarbeiter-Verammlung statt. Zunächst hielt Genosse Doktor Landsberg einen Vortrag über die Arbeiterfrage und die modernen Arbeiterorganisationen. Der Vortragende führte in großen Zügen die Schicksale des Arbeiters auf die geistige Entwicklung wie auch die vernünftige Umwälzung des Lebens auf die Arbeiterfrage des Arbeiters gegenüber ungeschulten Kapitalgebern und Kapitalgebern, den Erfindungen vor Augen. In der Debatte wurden die Ausführungen des Genossen Dr. Landsberg durch mehrere Redner ergänzt. Darauf wurde Kollege Sternhille als Schriftführer gewählt. Des Weiteren wurden die Mitglieder in dem Betriebe der Firma Gottlob & Co. nachmals zur Sprache gebracht. Als der Delegierte dieser Werke erklärte, daß nach der Wahrung der Verhältnisse, in der keine keine Besserung stattfand, erklärte der Vertreter der Vernehmung, Kollege Peczina, daß die in dem Betriebe beschäftigten Kollegen sich auf eine eventuelle Arbeitseinstellung gefaßt machen müssen. Endlich wurde bemängelt, daß sehr viele Delegierte, auch aus großen Betrieben der Unfallkassisten mit einer gewissen „Aussicht“ gegenüber stehen. Es wurde betont, daß hier mit vollem Ernst eingegriffen werden müsse, damit das für die Maschinenarbeiter wichtige Material von den Delegierten zur Zeit zusammengebracht werde. Folgende Delegierte traten auf: Kuchel, Gärner, Bahler, Obler, Operta, Grunert, Kelle, Matke, Großer, Sudel, Dindig, Dittmann und Jaitz.

**Der Schneiderverband** hielt am Montag Abend im „Gewerkschaftsdenkmal“ eine Mitglieder-Verammlung ab. Genosse Kaul hielt einen besißiglichen Vortrag über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen. Darauf wurde die Abrechnung vom vorigen Quartale verlesen. An tausenden Beiträgen wurden von männlichen Mitgliedern 1226 Mark und von weiblichen 184.60 Mark eingenommen. Ferner an Ertragsbeiträgen: An Reiseunterstützung wurden 12 Mark und an Krankenunterstützung 165 Mark ausbezahlt. Der Bestand der Kassenkasse betrug am 30. 23 Mark auf 535.95 Mark. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, den Beitrag von 10 Pf. auf 15 Pf. zu erhöhen und die entsprechenden Einheitsmarken beim Verbands zu beschließen.

**Am Schließen und Hosen.**

**Die Allmacht des Schuhmanns**

Es wieder einmal vom Kammergericht als unumstößlich feststehend funktioniert worden. Wie bekannt, führen unsere Genossen in der Krieg seit Monaten einen schweren Kampf gegen diejenigen Wirte, die sich weigern, ihre Lokale zu Versammlungen herzugeben. Natürlich machen unsere Genossen auch bei Gelegenheit — vornehmlich an Sonntagen — die Passanten durch Flugblätter und mündlich darauf aufmerksam, wie die Dinge stehen. Die Polizei ist darüber allerdings sehr ungelassen und verhindert die sich unserer Auffassung nach durchaus in gesetzlichen Rahmen haltende Agitation unserer Genossen. Und nicht nur das. Es entstanden eine Reihe von Prozessen die unseren Genossen zeigen sollten, daß die Polizei mit ihren Maßnahmen im Recht ist.

Wegen Verletzung der Vorschriften der Straßenpolizei-Verordnung, wonach den zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehenden polizeilichen Anordnungen Folge zu leisten ist, waren die Genossen Kurzer, Hiesch, Schera und Wietz zu Strafverfahren angeklagt worden. Die Polizei hatte zur Zeit des Saalplatzes in ihren Postkoffern der Arbeiterkassette entdeckt, und es war ihnen der Aufenthalt in der Nähe der beschriebenen Lokale von Polizeibeamten unterlag worden. Die Juridikverhandlung gegen obige Vorschriften der Straßenpolizei-Verordnung wurde bei einigen der Angeklagten darin gesehen, daß sie zwar erst nach der Aufforderung des Beamten fortgegangen seien, dann aber wieder versucht hätten, in die Nähe der fraglichen Lokale zurückzukommen. Ein anderer Angeklagter hatte sich direkt geweigert, fortzugehen, indem er erklärte, er habe ein Recht zu gehen, wo und wohin er wolle, er sei doch nicht in Rußland.

Das Landgericht Bries als Berufungsinstitut beurteilte jedoch die Angeklagten wegen Verletzung der Straßenpolizei-Verordnung zu Geldstrafen und führte unter anderem aus, die Polizeibeamten hätten ihre Aufforderung zum Weggehen an die Angeklagten deshalb gerichtet, um Störungen der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs auf der Straße vorzubeugen. Es sei Sonntag gewesen, und wenn die Angeklagten, was als Postkoffern ihre Aufgabe gewesen sei, den Versuch gemacht hätten, auf die Passanten einzureden, nicht jene Lokale zu besuchen, so hätte jeden Augenblick eine große Zusammenkunft von Menschen erfolgen können. Das hätten die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs verhindern wollen. Die Angeklagten hätten deshalb der polizeilichen Aufforderung sofort folgen müssen. Die Angeklagten legten Revision ein und beriefen sich darauf, daß die Strafkammer nicht einmal festgestellt habe, ob zu der angeklagten Verletzung der Polizei irgendwelche Grund vorhanden gewesen sei, ob vielleicht vorher irgend eine Störung vorgekommen sei. Vorliegend hätten sich die Beamten in Wirklichkeit nur hinter das Gesetz versteckt, um den Wirt die Postkoffern vom Hofe zu schaffen.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision der Angeklagten als unbegründet. Es steht auf dem Standpunkt, daß es bei Anwendung jener Straßenpolizei-Vorschriften auf eine typische Störung gar nicht ankomme, sondern daß lediglich entschieden sei, daß die Beamten Störungen vorbeugen wollten, indem sie ihre Aufforderungen ergaben ließen. Das sei aber festgestellt. Somit rechtfertigte die Revision.

Das Urteil läßt sich in anderen Worten kurz dahin zusammenfassen: Es geschähe der heilige Wille des Schuhmanns!

**Wittstock, 3. November.** Auf der Hohenloheschen Schweißblechfabrik „Johanna“ bei Eichen ist ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung. Der größte Teil der Belegschaft, etwa 50 Mann, ist im Auslande.

**— Bries, 7. November.** Der Bau der elektrischen Anlagen schreitet nunmehr rasch vorwärts, doch hat die schlechte Witterung nicht nur den Bau selbst, sondern auch die Lieferung der Kabel verzögert, was nun jetzt nur so schnell nachgeholt. Schon werden die Lampen angebracht und so fortger kann man schon am Ringe erkennen. Außerdem werden auch die Grundarbeiten, wie Pfählschlag, Langschraube, Zehrschraube, Kalkschraube sowie der Bahnhofs elektrisch beleuchtet. Die Arbeiten sollen in diesem Monat so weit beendet sein, daß mit dem 1. Dezember die Beleuchtung beginnen soll.

**— Zum Saalkampfe.** Der vergangene Sonntag zeigte in allen Teilen, wo Tanz abgehalten wurde, ein lebhaftes Bild, was wohl dem noch unfeindlichen Winter zuzuschreiben ist. Bei der Centralen konnten wir als Höhepunkt feststellen: im Weinberg 100 Soldaten, 90 Mädchen, 30 Jünglinge, im Goldenen Krug 90 Soldaten, 45 Mädchen, 40 Jünglinge, in der Kaiserhalle 30 Soldaten, 80 Mädchen, 80 Jünglinge (darunter von 17 bis 19 Jahren), im Goldenen Krug 40 Soldaten, 19 Mädchen, 7 Jünglinge. Im „Interkalar“ garterte zum letzten Male die Militärschule, was war der Tanz sehr gering, was war kann die Militärschule herauskommen. Selbst das Konzept der ungenutzten Räume in der Stadt, die die Militärschule...

9 Mark betragen haben. Hieraus ist zu erkennen, daß so lange der Kampf dauert, die Wirte keine Arbeitergrößen erlangen, auch wenn sie Gratis-Vorstellungen geben sollten.

**Kleine provinciale Nachrichten.**

In Oberndorf, Kreis Dahnau, brannte Montag Abend eine zum Domatium gehörige massive Scheuer nieder. Dabei wurden verschiedene Maschinen und viele Getreidekörner ein Raub der Flammen. Man vermutet, daß der Brand angelegt worden ist. — Um sich seines Fußes zu entledigen, der von Akterbrand ergriffen worden war, schmitt der hochbejahrte Auszügler Andreas Pologel in Bachmühl, Kreis Kamtsau, denselben mit einer Schere soweit ab, daß er nur noch an einigen Fleischteilen hing. In dem Kreis - Krankenhaus zu Kamtsau wurde darauf dem Greise das Bein oberhalb des Knies amputiert. — Ein schwerer Unglücksfall, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, hat sich in Grünau, Kreis Aschbach, ereignet. Der Grundbesitzer Max Wende holte eine Fuhr Röhrenabfälle vom Felde

heran. Dabei stürzte er von dem vollbeladenen Wagen und fiel so unglücklich vor die Räder, daß diese ihm über den Kopf gingen und ihn gequetschten, so daß das Gehirn herauskam und der Tod bald eintrat. — Der Knecht Eulacy aus Garmowang, Kreis Oppeln, fiel unweit Oppeln von einem mit Bleien schwer beladenen Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß man ihn im St. Malthei-Hospital unterbringen mußte. Dasselbst ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen. — Aus Efferich zum Wälder geworden ist in Ratel (Posen) der Arbeiter Kaditz. Derselbe lebte mit einer Frau in voller Ehe. Bei dieser trat er am Sonntagabend dem Steinflüßler Steinbock aus Bridentopf, von Efferichgebirge hergequält, schlug er mit einer mit Schnaps gefüllten Flasche dem St. über den Kopf. Dann ergriff er eine Axt und schlug damit weiter auf St. ein. Dieser erlitt schwere Verletzungen, daß er bald starb. W. wurde verhaftet. — Ein schweres Jagdunfall ereignete sich am Sonntag im Walde bei Wurthow. Dort schoß der Jagdpächter, Eigentümer Wille aus Cassenhurn, auf den Eigentümer Bucht aus Wurthow-Abbau, den er für ein Elchbild hielt. Letzterer wurde an Hals und Schenkeln getroffen, jedoch sind seine Verletzungen keine lebensgefährlichen.

**2. Ziehung 5. Klasse 215. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 7. November 1900, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

240 48 494 285 715 89 575 909 [500] 15 [1000] 1258 468 662 78 685 700
58 505 85 96 970 21 214 208 296 377 55 651 99 912 14 3099 324 651 99 934
34 4074 119 71 16 370 [1000] 428 655 793 72 [1000] 892 984 5256 889 84 435
6478 734 87 41 98 884 7489 01 511 8112 82 [1000] 67 [1000] 402 94 671 875
97 9005 282 350 58 589 714 35 10055 [1000] 735 86 350 629 848 11283 476
545 987 1217 213 424 106 79 847 13218 991 829 57 711 994 14047 [3000]
185 [1000] 294 816 42 651 96 15092 [1000] 126 55 [1000] 359 [1000] 632 784
41 16027 47 93 118 299 822 41 60 78 678 95 879 17071 217 356 91 020 358
900 18470 84 640 811 35 922 19058 97 111 205 005 [1000]
20215 89 607 616 [500] 65 [500] 85 21069 [500] 184 609 768 22089
316 58 227 70 423 89 524 706 [500] 875 23285 444 55 519 52 880 923 24080
162 58 [500] 60 90 554 75 945 25273 301 84 882 71 709 52 [1000] 868 99
22091 [500] 381 388 [500] 429 51 67 794 882 27032 282 532 [1000] 644
65 515 906 34 [1000] 28033 150 211 [1000] 65 333 22038 146 289 543 724 84
30173 382 469 948 [1000] 31304 [1000] 148 214 58 456 [500] 534 55 32049
120 23 213 53 477 856 967 43 43 33000 [500] 252 75 382 410 96 915 04 85
34129 589 709 850 35159 304 416 634 36089 67 87 192 610 978 37092
158 349 525 738 58 72 38008 285 350 499 051 79 39158 278 1 737 802 900
40634 180 [1000] 560 73 412 804 979 41062 130 330 735 47 72 [1000]
84 563 42032 [500] 60 290 457 753 [1000] 890 43195 246 300 609 10 810 63
978 [1000] 44183 226 411 588 780 [1000] 45311 880 46113 [500] 345 [500]
909 77 824 571 4702 583 494 [1000] 607 604 64 732 [500] 809 25 963 48313
65 59 814 49028 70 [1000] 189 222 301 65 [1000] 412 75 [500] 69 533 628
942 50218 [500] 294 453 524 616 855 [500] 51256 875 646 566 52024 07
[1000] 88 204 214 50 75 901 645 503 53 97 [1000] 53097 423 675 718 54003
[1000] 88 90 403 691 734 55 55088 267 90 421 52 [1000] 736 974 56363 417
977 57224 558 89 650 68 788 246 58163 463 727 85 866 70 59111 287 435
57 [1000] 786 923 92
60091 127 65 42 478 267 845 25 682 62 61010 253 654 54 945 68 62082
487 645 91 703 974 584 63671 88 115 508 430 510 [1000] 614 [3000] 64087
261 440 925 65159 57 264 82 [1000] 877 408 517 699 560 [1000] 974 66172
534 424 97 593 655 751 66 96 904 32 67022 49 171 320 56 414 51 639 76 763
527 68289 329 413 [500] 694 619 292 267 437 521 [1000] 38 705 [500] 52 885
927 70026 261 328 672 782 584 53 [1000] 99 958 71019 111 299 582 630 89
72054 [1000] 312 575 815 363 517 609 73216 307 73 486 89 546 000 74212
1909 [500] 312 575 815 363 517 609 73216 307 73 486 89 546 000 74212
77155 [500] 218 682 721 567 97 72323 [1000] 844 470 861 807
80906 50 166 71 540 73 [500] 341 810 [500] 167 82 248 303 412 14 15
602 70 745 945 87 82027 239 51 321 494 81 519 58 675 828 978 83051 103
126 637 58 747 84029 81 125 54 57 [500] 418 58 40 84 [1000] 638 683 79 015
72 85215 311 43 430 762 621 86019 77 239 355 888 756 684 87128 843 844
909 33 88118 528 44 [1000] 410 510 [1000] 838 89008 132 438 [1000] 808 957
90005 118 206 513 496 712 [500] 41 62 91095 152 62 328 35 929 92040 50
1000 55 339 87 95 [500] 445 740 965 [500] 75 96 15001 93085 142 302 [1000]
4 11 433 731 991 94061 206 15 885 [1000] 439 584 657 949 81 95075 357
[500] 55 463 285 806 96027 21 [500] 564 [1000] 726 45 97088 84 117 226
83 45 600 318 968 [1000] 82 98306 84 673 [1000] 823 99160 911
100064 253 462 89 599 614 876 939 101083 353 585 478 76 502 679
[1000] 10224 545 682 10365 87 545 652 10481 112 228 89 [500] 257
[1000] 578 605 10 57 [1000] 79 105126 324 69 744 671 [1000] 110120 71 306 776
71 10725 [1000] 50 [1000] 41 105061 174 715 898 502 784 842 922
109023 244 928 110191 35 58 589 642 748 111071 311 75 423 683 78
[500] 112184 318 74 480 527 59 113163 268 319 499 906 944 [500] 114002
63 625 667 [500] 556 529 115076 219 55 [500] 935 910 901 12 16 116094
87 68 618 990 117031 41 226 71 274 75 400 768 822 43 88 118063 107 203
314 85 483 619 647 84 911 119093 11 482 506 75 710 814 71
120218 71 292 902 [500] 121112 75 [1000] 311 54 75 642 808 122032
128 447 [500] 228 711 123023 153 435 720 [1000] 85 820 967 124700 423
157 731 45 125022 75 101 725 560 67 673 97 762 35 126691 129 698 98
[1000] 127044 24 377 325 37 67 67 842 908 128191 384 586 626 129100
55 200 68 444 79 64 538 698 548 94 130163 210 453 541 50 [500] 646 747 818
131 196 391 620 74 74 [1000] 829 619 102 132211 153 153016 167 229 342
138 686 839 84 837 85 134133 304 447 816 71 125018 189 524 632 715 872
139 136018 [500] 406 34 602 68 787 13764 91 304 27 18 630 85 84
138008 [500] 15 20 445 71 [500] 226 223 534 641 42 823 42 82 139802
75 25 397 687 70 [1000]
140098 [1000] 123 285 335 35 424 548 635 77 [500] 891 141063 75
327 [500] 60 329 78 532 829 905 71 884 142187 81 587 791 77 143008
187 227 94 920 [500] 33 643 82 [500] 74 [1000] 808 144056 257 578 792
828 145015 718 848 35 85 423 68 875 68 [1000] 715 89 146641 147429
788 97 148070 115 42 784 237 719 37 [500] 77 808 923 [500] 149016 128

**2. Ziehung 5. Klasse 215. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 7. November 1900, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

476 727 525 150030 101 436 44 562 [500] 641 707 60 89 267 048 70 151079
175 830 [1000] 644 80 783 285 938 [1000] 152030 390 438 [1000] 80 89 638 829
75 97 908 20 28 153084 58 765 822 154102 76 90 443 607 41 [1000] 804
82 927 155000 [1000] 207 885 96 827 156101 67 157383 816 218 [1000]
27 97 884 87 158070 217 [1000] 610 12 14 64 808 988 158087 487 944 634
80 82 85 821 55
180001 268 588 181066 160 56 [500] 264 414 70 526 65 706 16 48
[500] 87 [500] 886 87 [500] 162107 88 [500] 210 897 448 [1000] 67 11 548
64 690 [1000] 890 921 163499 895 164508 83 437 523 87 96 723 66 96 908
[1000] 165007 77 621 87 55 826 47 168006 88 283 878 [500] 401 14 48 637
107 897 167080 68 117 410 [1000] 18 050 [1000] 168186 225 423 88 534 685
[500] 98 768 815 88 216 169045 181 51 221 316 511 55 783 811 980
170011 19 22 [500] 67 166 [1000] 918 287 285 508 79 671 711 854 171029
324 511 85 172188 328 541 603 738 511 621 173008 104 5 218 388 508
174569 300 417 95 671 798 818 947 175008 183 800 418 601 176168 73
441 611 600 643 177440 178049 57 800 566 [1000] 974 178228 248 808
21 790 628
180010 128 768 338 418 53 181088 140 568 871 664 182225 508 850
977 [1000] 183375 87 568 184229 [1000] 812 [1000] 648 812 65 917 185386
801 880 91 186007 449 716 15 [500] 887 815 187098 861 [500] 508 56 90
658 701 819 928 39 188115 328 618 769 [1000] 888 189076 [500] 92 121 48
631 535 1500 [190117 818 62 618 845 191400 [1000] 660 785 192200 19
72 433 43 845 692 193111 [500] 18 20 201 24 87 448 702 875 104088 471
195282 441 786 882 018 32 196385 458 [500] 89 806 989 61 [1000]
197390 [500] 605 885 701 818 198098 211 24 75 378 441 78 510 679 923
[500] 320 199119 32 228 58 638 41 919
200145 68 84 689 899 959 201166 604 710 69 [1000] 88 35 202013 248
[1000] 325 748 880 82 918 67 203014 94 188 401 10 510 91 790 888 873
204007 61 606 648 878 985 205008 [500] 108 577 778 925 206189 807 8
524 684 780 808 [1000] 818 207089 449 208099 178 490 640 719 896 [500]
523 209170 684 726 27 88 210178 297 [500] 265 714 88 897 76 78
211047 69 508 498 608 58 684 212101 [500] 261 858 718 90 989 213058
[500] 907 488 582 685 39 709 885 214000 109 65 801 24 35 [1000] 615 19 88
61 65 68 784 89 891 [500] 215158 [1000] 287 411 [500] 709 216004 189
[1000] 588 641 959 89 217026 44 155 715 202 21807 274 451 80 614 80 745
99 [1000] 851 926 218099 48 99 455 929 828
220005 301 44 [1000] 45 45 46 [500] 53 84 638 551 [500] 221116
[1000] 41 403 582 637 08 [1000] 71 751 884 610 [1000] 62 222566 75 [1000]
732 1001 50 [500] 909 222315 232 514 697 [500] [1000] 60 224011 73
94 516 58 613 62 779 225050 [1000] 14 535 608 [1000] 35 58 789 896 226027
187 212 64 324 682 787 70 602 687 227218 458 678 99 [500] 529 80 926
228059 59 118 77 018 78 781 228059 458 678 99 [500] 529 80 926
607 74 231179 851 458 [1000] 514 289 68 [1000] 232098 [500] 897 616 [500]
744 922 24 [1000] 223307 861 89 234216 [1000] 312 678 95 235638
100 107 480 90 [1000] 628 77 [1000] 783 [500] 804 [1000] 21 [1000] 238144
239 47 489 670 728 42 884 71 921 65 237056 60 201 78 94 500 238403
280248 85 573 400 060 711 [1000] 820
240039 188 242 64 424 431 625 697 [500] 963 241144 808 56 428 660
785 856 242100 279 748 828 243108 71 [1000] 248 889 516 498 748 941
244008 [500] 428 573 74 [1000] 728 55 818 245333 483 894 822 63 70
[1000] 246287 51 341 654 17 922 94 247080 [500] 115 455 823 856 970
248285 [1000] 397 643 [1000] 46 95 782 845 977 249050 898 435 671 609
785 984 90 250298 848 685 641 881 [1000] 974 251188 498 874 252